

## Bericht über die Basisbefragung

---

### Inhaltsverzeichnis

#### Bericht über die Basisbefragung

1.	Einleitung	Seite 2
2.	Teilnehmende	Seite 3
3.	Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala	Seite 5
4.	Einstiegsfrage	Seite 6
5.	Christliche Grundwerte (inhaltlich)	Seite 7
6.	Staatspolitische Fragen	Seite 10
7.	Familienfragen	Seite 11
8.	Nachhaltigkeit	Seite 14
9.	Eigenständigkeit, „Mitte“ und Rolle der CVP	Seite 15
10.	Themen	Seite 17
11.	offene Themenfragen	Seite 22
12.	Organisation	Seite 24
13.	Parteimitgliedschaft	Seite 25

#### Befragung der Ortsparteipräsidentinnen und Ortsparteipräsidenten und der Vorstände

1.	Teilnehmende	Seite 28
2.	Strukturen der Ortsparteien	Seite 28
3.	Einzelne Ressorts	Seite 30
4.	Selbstbeurteilung	Seite 32
5.	Beurteilung ZK	Seite 33
6.	Beurteilung DV	Seite 34
7.	Unterstützung der Ortspartei durch die Kantonalpartei	Seite 35
8.	Unterstützung der Ortspartei durch die Amtspartei	Seite 35
9.	Gruppierungen	Seite 36
10.	Bereitschaft zu Veränderungen	Seite 37
11.	Zusammenfassung der Erkenntnisse	Seite 38

## 1. Einleitung

Die Befragung der Basis der CVP Luzern im Rahmen ihres Erneuerungsprozesses ist nach unserer Einschätzung die grösste bisher in der Schweiz durchgeführte Befragung in einer Partei. Die Projektleitung formulierte für die Befragung zwei gleichwertige Ziele:

- Statistische Grundlagen über die Werthaltungen, Themen und organisatorischen Bedürfnisse der Basis erfragen
- Sensibilisierungsprozess für die Partei und ihre Erneuerung durch eine breite Diskussion über die Grundwerte anstossen

Diese Ausgangslage hat zu einem umfangreichen und langen Fragebogen geführt, der aufgrund der ebenfalls beabsichtigten Sensibilisierung nicht in allen Punkten wissenschaftlichen Kriterien Rechnung trägt, aber beiden Zielen gerecht wird. Zum Beispiel handelt es sich nicht um eine repräsentative Stichprobe der Wählerschaft oder der Basis der CVP. Dazu wäre eine zufällige Auswahl der Befragten nötig gewesen. Die Fragebogen wurde mehrheitlich von den derzeit aktiven Parteigängerinnen und Parteigänger ausgefüllt. Trotzdem oder gerade deswegen ergibt die Befragung ein recht detailliertes Bild über Ansichten der Basis der CVP im Kanton Luzern. Die Befragung der Basis erfolgte in zwei Formen: Über einen Einzelfragebogen und über Versammlungen in Ortsparteien, an denen ein reduzierter Fragebogen ausgefüllt wurde. Zudem wurden über separate Fragebogen die Ortsparteiverantwortlichen und – vorstände vorab über Organisatorisches befragt.

Wichtig war der Projektleitung besonders die breite Teilnahme aus allen Teilen des Kantons. Vom 3. Juni bis weit in den August hinein sind insgesamt 1917 Fragebogen (630 Versammlungsfragebogen und 1287 Einzelfragebogen) bei der Projektleitung eingegangen. So entstand eine Datensammlung mit fast 400000 Werten. Die Daten wurden mit SPSS (Version 12) verarbeitet und ausgewertet.

Die vorliegende Auswertung stellt einen Überblick über die Resultate aus den Einzelfragebogen dar. Bei zahlreichen Fragen (insbesondere dem umfangreichen Bereich der Themen) ist eine vertiefte Analyse im Rahmen dieses Berichtes nicht möglich. Die vorhandenen Daten erlauben weitere Untersuchungen, die je nach Bedarf noch gemacht werden. Die rund 80 Mitglieder der Arbeitsgruppen haben derzeit die Möglichkeit, sie interessierende Fragen zu formulieren, um weitere Erkenntnisse, die in die drei Arbeitsgruppen (Leitbild, Themen, Organisation) einfließen. Auch eine Auswertung für einzelne Amts- und Ortsparteien kann mit den vorhandenen Daten ohne grossen Aufwand vorgenommen werden.

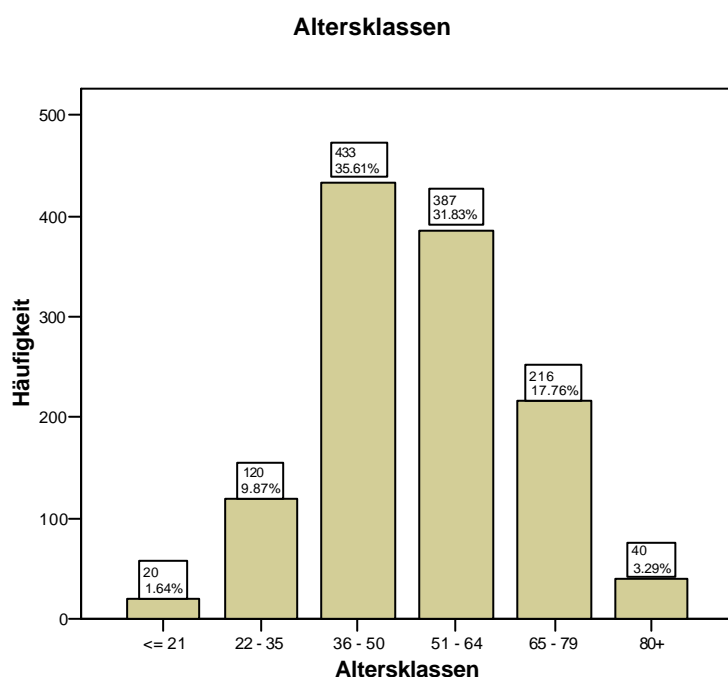
Zur einfachen Darstellung wurden in diesem Bericht Balkendiagramme verwendet, die ausnahmslos die Häufigkeit der Antworten zeigen. Im Text werden schliesslich auch noch Zusammenhänge zwischen verschiedenen Antworten erwähnt, falls es solche gibt. Dieses typische statistische Erklärungsmuster soll kurz grundlegend erklärt werden: Nachfolgend wird häufig von einem „signifikanter Zusammenhang“ zwischen den Antworten auf eine Frage und den Antwort-

ten auf eine andere Frage die Rede sein. Dies bedeutet, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% aus der Antwort auf eine Frage auf die Antwort auf eine andere Frage geschlossen werden kann. „Signifikant“ bedeutet also mit anderen Worten, dass sich die Befragten aufgrund der Antwort auf eine Frage in zwei Gruppen einteilen lassen und diese Gruppen sich mit 95 Prozent Wahrscheinlichkeit den Antworten einer anderen Frage zuordnen lassen.

## 2. Teilnehmende

Wie erwähnt wurden aus der Basisbefragung 1917 Fragebogen an die Projektleitung zurückgeschickt und verarbeitet. Davon wurden 630 an Versammlungen von Ortsparteien und 1287 von Einzelpersonen ausgefüllt.

- Nur 30 Prozent der zurückgesandten Einzelfragebogen stammen von Frauen. Dies ist insofern nicht weiter erstaunlich, dass unter den politisch aktiven Personen die Mehrheit Männer sind.
- Beim Alter der Teilnehmenden ergibt sich ein ausgeglicheneres Bild: Das Durchschnittsalter der beträgt knapp 52 Jahre. In nach Jahren gleichgrosse Altersklassen eingeteilt, zeigt sich



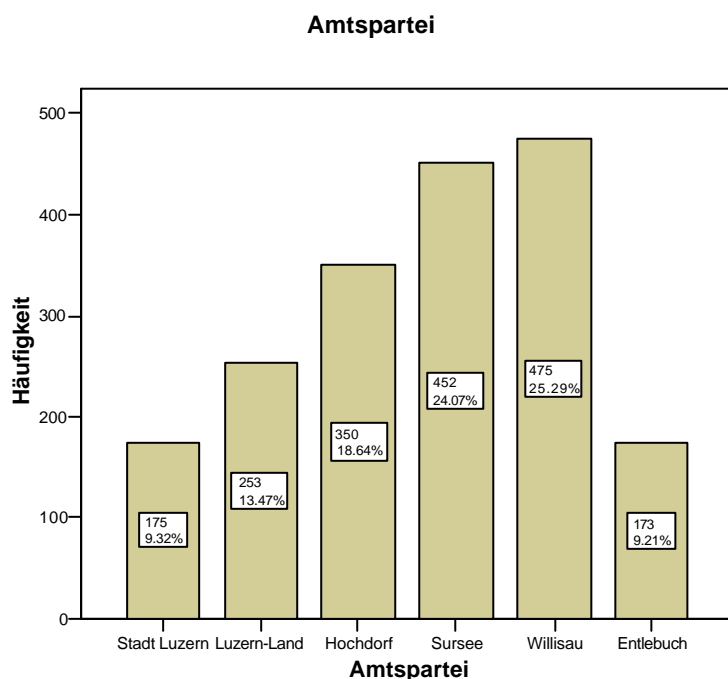
Diagr. 1: Altersklassen der Teilnehmenden aus den Einzelfragebogen.

Oberhalb jedes Balken wird die Häufigkeit der Fälle in diesem Balken und die Häufigkeit in Prozent angegeben. N=1216, fehlend=71, Std.-Abw.=1.039

Mit weiteren Fragen zur Person wurden die Teilnehmenden klarer erschlossen.

- Gut vierzig Prozent haben mindestens ein Kind unter 18 Jahren.
- Zudem ist das Internet bei den Befragten weit verbreitet. Vier von fünf Befragten haben Zugang zum Internet und gut drei Viertel haben eine eigene Mailadresse.

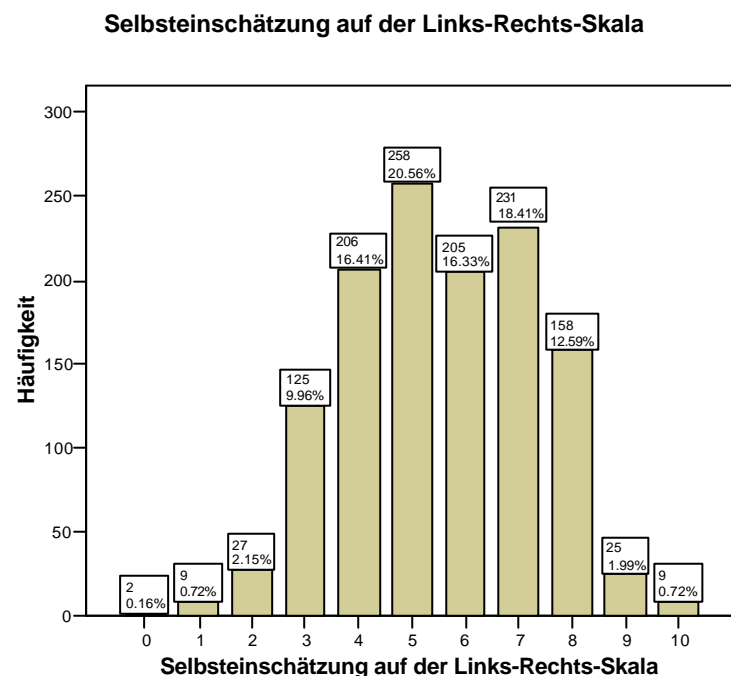
- Ein stark unausgeglichenes Bild zeigt sich bei der Frage nach der Dauer des Wohnsitzes im Kanton Luzern. Neun von zehn Teilnehmenden sind schon seit mehr als 20 Jahren im Kanton Luzern ansässig.
- Die Hälfte der Teilnehmenden ist beruflich in einem Anstellungsverhältnis engagiert (51 Prozent), während ein Fünftel selbständigerwerbend ist (20 Prozent) und ein Fünftel eine Pension bezieht (22 Prozent).
- Die grosse Mehrheit der Teilnehmenden hat eine Lehre abgeschlossen (43 Prozent) oder zusätzlich zur Lehre eine Meisterausbildung oder eine Fachhochschule absolviert (27 Prozent).
- Die Teilnehmenden haben in der Mehrheit im Moment weder ein Parteiamt inne noch sind in einer Behörde engagiert (55 Prozent). Wenn man die Vergangenheit miteinbezieht, ergibt sich jedoch ein anderes Bild: Gut siebzig Prozent aller Teilnehmenden haben oder hatten im Moment oder in der Vergangenheit ein Behörden- oder Parteiamt. Nur knapp 30 Prozent haben oder hatten weder ein Behörden- noch ein Parteiamt.
- Die meisten eingesandten Fragebogen stammen aus der Stadtpartei Luzern (175), gefolgt von der Stadt Sursee (82), Eschenbach (71), Alberswil (61), Ballwil (57) und Buttisholz (43).
- Die CVP Alberswil hat im Verhältnis zur Anzahl Listenstimmen bei den letzten Grossratswahlen am meisten Fragebogen eingesandt, dicht gefolgt von der Ortspartei Hämikon.
- Nur gerade 40 Fragebogen wurden ohne einen Vermerk zur Ortspartei eingesandt.
- Während aus den Ämtern Willisau und Sursee weit über 400 Fragebogen eingesandt wur-



Diagr. 2: Amtspartei der Teilnehmenden. Innerhalb jedes Balkens wird die Häufigkeit der Fälle in diesem Balken und die Häufigkeit in Prozent angegeben. N=1878, fehlend=39

### 3. Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala

Neben den Fragen zur Person fragten wir nach den grundsätzlichen Fragen, wo sich die Teilnehmenden auf einer Skala von 0 bis 10 zwischen links und rechts einordnen. Diese Frage wird traditionell in fast allen Befragungen zu politischen Themen gestellt, um sich ein Bild über die Befragten machen zu können. Wir stellten Sie bewusst nicht auf der ersten Seite des Fragebogens, sondern nach den Fragen zu den Grundwerten und der politischen Ausrichtung der CVP, um eine auf diese Grundwerte reflektierte (aber nicht durch Haltungen zu einzelnen Themen) beeinflusste Antwort zu erhalten. Die Antworten erscheinen im Bericht jedoch schon hier, weil diese Selbsteinschätzung bei allen anderen Fragen als erklärender Wert verwendet wird. Wir wollen so herausfinden, ob eine andere Frage in einem signifikanten Zusammenhang mit der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala steht.



Diagr. 3:

Schätzen Sie ihre eigene politische Ausrichtung zwischen Links und Rechts auf einer Skala von 0 (ganz links) über 5 (Mitte) bis 10 (ganz rechts) ein. Kreuzen Sie die zutreffende Zahl an. N=1255, fehlend=32, St.-Abw.=1.769

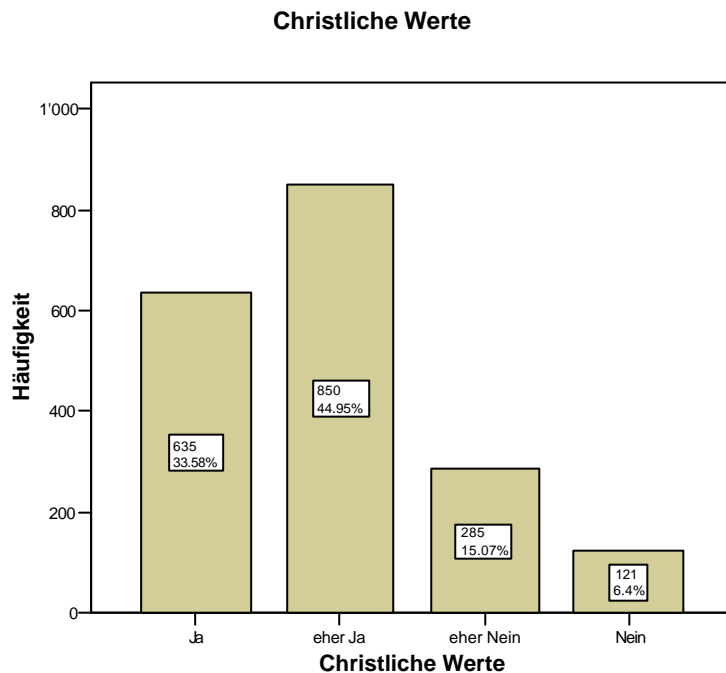
Die Antworten zeigen eine CVP mit einer mehrheitlichen Konzentration in der Mitte (5) aber mit kräftigen Flügeln auf beiden Seiten, wobei der rechte Flügel leichtes Übergewicht hat.

1. Bei der Untersuchung der Ergebnisse nach Altersklassen fällt auf, dass sich die jüngeren Befragten (bis 50 Jahre) signifikant weniger für die Mitte (5) entscheiden, aber bei den Werten 4, 6 und 7 signifikant höher vertreten sind. Das unterstreicht die Beobachtung zum Begriff „Mitte“ im entsprechenden Kapitel.
2. Frauen neigen zu einer signifikant deutlicheren Selbsteinschätzung bei den Werten von 1 bis und mit 5.
3. Bei den Werten 6-10 sind Männer signifikant höher vertreten.

4. Eine Untersuchung nach Amtsparteien ergab keinen signifikanten Zusammenhang. Aus der Herkunft einer Person lässt sich also nicht auf die Selbsteinschätzung schliessen.

#### 4. Einstiegsfrage

Zuerst wollten wir von den Befragten wissen, ob sich die Partei „an ausdrücklich christlichen Werten orientieren“ soll. Diese Frage ergab ein eindeutiges Ergebnis.



Diagr. 4:

Die Partei soll sich an ausdrücklich christlichen Werten orientieren.

Innerhalb jedes Balken wird die Häufigkeit der Fälle in diesem Balken und die Häufigkeit in Prozent angegeben. N=1878, fehlend=26, St.-Abw.=0.860

- Gut drei Viertel der Befragten antworteten mit „ja“ oder „eher ja“. Nur 15 Prozent kreuzten „eher nein“ an, und nur gerade 6 Prozent ein deutliches „nein“.
- Teilnehmende aus den Ämtern, Sursee und Willisau haben deutlich weniger „ja“ und dafür mehr „eher ja“ (= signifikanter Zusammenhang) angekreuzt als die Teilnehmenden aus dem Amt Hochdorf und aus der Stadt und Land Luzern. Besonders aus der Stadt kamen deutlich mehr „ja“-Antworten.

„Ja“-Antworten aus den verschiedenen Ämtern

Stadt Luzern: 51%  
 Luzern-Land: 32%  
 Hochdorf: 39%  
 Sursee: 30%  
 Willisau: 28%  
 Entlebuch: 32%

- Auch bei einer Untersuchung der Antworten nach Altersklassen ergibt sich ein höchst signifikanter Zusammenhang. Ältere Teilnehmende (älter als 50 Jahre) haben signifikant häufiger „ja“ oder „eher ja“ angekreuzt. Bei den Jüngeren ist zwar eine Mehrheit eher für christliche Werte, aber signifikant geringer.

- Befragte die sich selber als links der Mitte oder in der Mitte stehend betrachten, haben der Aussage signifikant höher zugestimmt.
- Die Unterscheidung nach Geschlecht ergab keinen signifikanten Zusammenhang. Weibliche und männliche Teilnehmende beantworteten die Frage also gleich.

Unter „Bemerkungen“ wurde vor allem die Unabhängigkeit von einer bestimmten Konfession betont (10 Prozent der Teilnehmenden) oder eine Verbindung der christlichen Werte zu einer allgemeinen Ethik hergestellt (5 Prozent der Teilnehmenden).

Erkenntnis 1:

Die Befragten wollen eine Partei, die sich ausdrücklich an christlichen Grundwerten orientiert.

### 5. Christliche Grundwerte (inhaltlich)

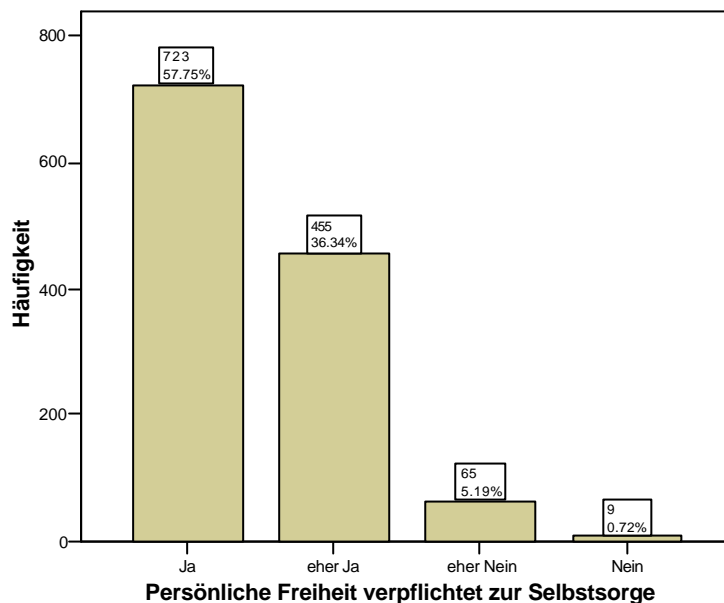
Der zweite Teil des Fragebogens hatte zum Ziel, die Meinung der Basis über die christlichen Grundwerte herauszufinden. Was bedeuten eigentlich diese christlichen Grundwerte? Die ersten beiden Fragen zur Menschenwürde ergeben dabei ein klares Bild.

- Für drei Viertel der Teilnehmenden ist die Menschenwürde unantastbar (Antwort=„ja“). Für weitere 20 Prozent zumindest eher unantastbar (Antwort=„eher ja“). Nur gerade 30 von 1274 Befragten sind der Meinung, die Aussage „die Menschenwürde ist unantastbar“ stimme eher nicht oder gar nicht.
- Auch bei der Frage der Einzigartigkeit des Menschen unabhängig seiner Herkunft, Geschlechts, Religion etc. ist man sich einig: 97 Prozent der Befragten kreuzten „ja“ oder „eher ja“ an.

In den folgenden Fragen wurden die für ein christliches Menschenbild zentralen Werte Freiheit und Solidarität auf verschiedene Art und Weise einander gegenübergestellt.

- Das Resultat zeigt kein einheitliches Bild. Zwar sind über 60 Prozent der Befragten der Meinung, die persönliche Selbstentfaltung sei weniger wichtig als die Bedürfnisse der Gemeinschaft („ja“ = 16%, „eher ja“ = 45%).
- Grundsätzlich wird jedoch die Selbstverantwortung als wichtiger als die Solidarität angesehen („ja“ = 25%, „eher ja“ = 45%).
- Einigkeit besteht jedoch in der Frage ob Freiheit die Sorge für sich selber bedeute: 94 Prozent stimmten dieser Aussage zu oder eher zu.

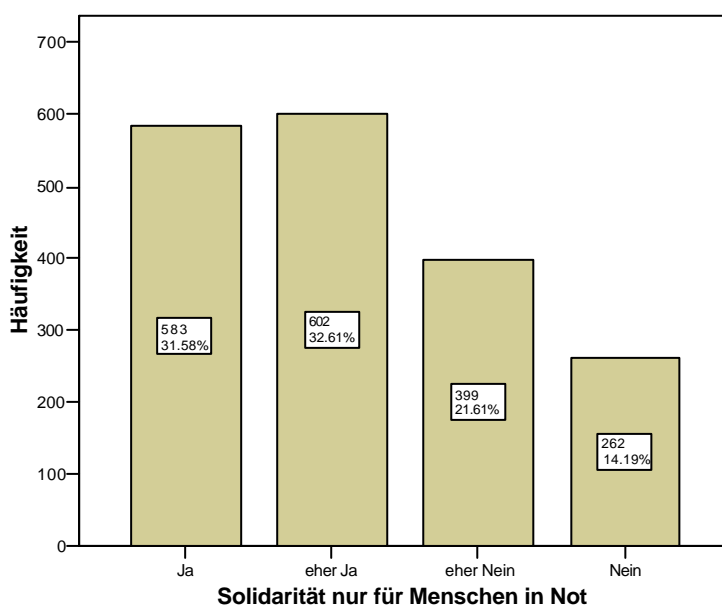
### Persönliche Freiheit verpflichtet zur Selbstsorge



Diagr. 5: Schätzen Sie persönlich folgende Aussagen auf die Übereinstimmung mit christlichen Grundwerten ein: Die persönliche Freiheit verpflichtet zur Selbstsorge. N=1252, fehlend=35, St.-Abw.= 0.63

Bei der Frage, wer denn Solidarität bekommen sollte, ergibt sich ein schwieriges Bild. Sowohl die Aussage, dass auf Solidarität des Staates nur zählen dürfe, wer in Not sei, als auch die Aussage, dass alle Benachteiligten auf staatliche Solidarität zählen dürften, wurden mehrheitlich befürwortet. Die leicht höhere „ja“-Zustimmung für Solidarität zugunsten von Personen in Not gibt zwar eine Tendenz an, darf aber nicht überbewertet werden. Nimmt man „ja“ und „eher ja“-Antworten bei diesen Fragen zusammen ergibt sich nämlich eine höhere Bewertung für eine Solidarität zugunsten aller Benachteiligten. Die leicht höhere Streuung der Antworten zeigt, dass diese Fragen bei den Teilnehmenden nicht gleich gut verstanden wurden wie alle anderen Fragen.

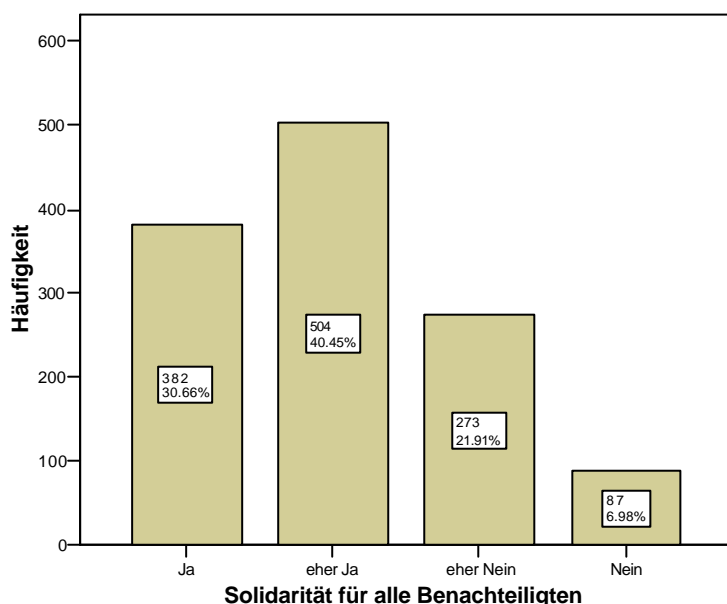
### Solidarität nur für Menschen in Not



Diagr. 6: Schätzen Sie persönlich folgende Aussagen auf die Übereinstimmung mit christlichen Grundwerten ein: Auf Solidarität des Staates darf nur zählen, wer in Not geraten ist. N=1846, fehlend=71, St.-Abw.= 1.033

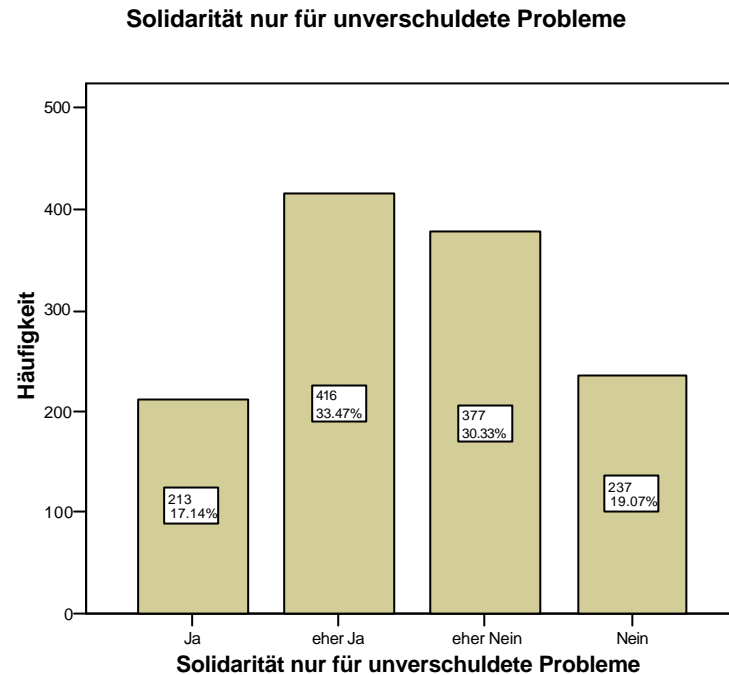
- Die Aussage „Solidarität nur für in Not geratene“ wurde in den Ämtern Hochdorf und Willisau signifikant öfters bejaht als in den anderen Ämtern.
- Auch betreffend Geschlecht ergibt sich ein signifikanter Zusammenhang: Frauen stehen dieser Aussage signifikant ablehnender gegenüber als Männer.
- Ein Zusammenhang zwischen dieser Aussage und dem Alter oder der Bewertung der Einstiegsfrage konnte nicht festgestellt werden.
- Hingegen zeigt sich ein Zusammenhang zwischen dieser Frage und der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala. Personen die sich links der Mitte verorten, lehnen die Aussage signifikant deutlicher ab als andere. Die Personen der Mitte (Wert 5) tendieren signifikant zu einem „eher ja“, während Personen rechts der Mitte die Aussage signifikant mit „ja“ befürworten.

### Solidarität für alle Benachteiligten



Diagr. 7: Schätzen Sie persönlich folgende Aussagen auf die Übereinstimmung mit christlichen Grundwerten ein: Auf Solidarität des Staates dürfen alle Benachteiligten zählen. N=1246, fehlend=41, St.-Abw.= 0.896

- Die Aussage „Solidarität für alle Benachteiligten“ wird von älteren Befragten und von Frauen signifikant eher bejaht als von jüngeren.
- Ein starker und höchst signifikanter Zusammenhang ergibt sich zwischen dieser Frage und der Einstiegsfrage nach den christlichen Grundwerten ( $p=0.00$ ,  $r=1.81$ ): Wer die Einstiegsfrage mit „ja“ beantwortet hat, ist auch der Meinung, dass alle Benachteiligten auf staatliche Solidarität zählen können. Wer bei der Einstiegsfrage ein „eher ja“ angekreuzt hat, ist auch bei dieser Aussage häufiger bei einem „eher ja“.
- Im Hinblick auf die persönliche Selbsteinschätzung ergibt sich hier das exakt umgekehrte Bild als oben bei der Aussage „Solidarität nur für Personen in Not“: Personen links der Mitte sind signifikant der Meinung, alle Benachteiligten sollen auf staatliche Solidarität zählen dürfen, während Personen rechts der Mitte diese Haltung signifikant ablehnen.



Diagr. 8: Schätzen Sie persönlich folgende Aussagen auf die Übereinstimmung mit christlichen Grundwerten ein: Auf die Solidarität des Staates kann nur zählen, wer keine Schuld an seiner Situation trägt. N=1243, St.-Abw.=0.987

Bei der Frage der persönlichen Schuld für eine Notlage sind die Meinungen ziemlich genau geteilt.

- Eine Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass christliche Solidarität nur für unverschuldete Probleme da zu sein habe, während die andere Hälfte gerade umgekehrt der Meinung ist, die Frage der Verschuldung spiele keine Rolle.
- Dabei kann ein höchst signifikanter und starker Zusammenhang zwischen dem Alter und der Beurteilung dieser Aussage beobachtet werden. Je älter die Befragten, desto deutlicher bejahen sie die Aussage.
- Auch der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist höchst signifikant: Frauen sind eher gegen die Aussage.
- Auch Akademiker neigen signifikant eher dazu, die Aussage abzulehnen.
- Zudem ist die Frage des Verschuldens wiederum eine Links-Rechts-Frage. Die Selbsteinschätzung steht in einem signifikanten Zusammenhang mit der Frage der persönlichen Schuld. Personen die sich links der Mitte und in der Mitte selber verorten, lehnen die Aussage signifikant häufiger ab. Personen leicht rechts der Mitte (Wert=6) haben deutlich häufiger ein „eher ja“ angekreuzt. Bei den Werten 7-10 auf der Links-Rechts-Skala überwiegt die volle Zustimmung zur Aussage.

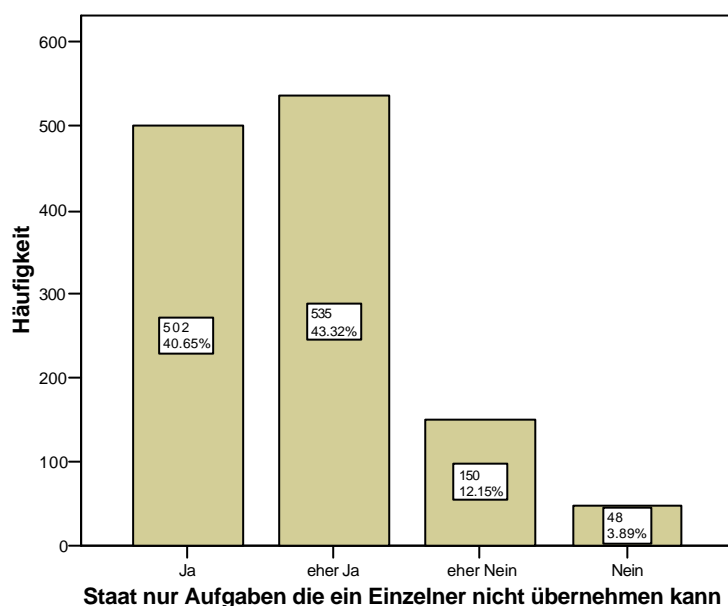
#### Erkenntnis 2:

Selbstverantwortung wird als wichtiger eingestuft als Solidarität. Eine persönliche Entfaltung auf Kosten der Gemeinschaft wird jedoch abgelehnt. Aus der Freiheit des Einzelnen folgt seine Selbstverantwortung. Von staatlicher Solidarität sollen grundsätzlich jene Personen profitieren, die in Not sind, aber nicht ausschliesslich. Frauen haben ein anderes Verhältnis zur Solidarität als Männer.

## 6. Staatspolitische Fragen

Im dritten Teil des Fragebogens ging es bei der ersten zu bewertenden Aussage um den grundsätzlichen staatspolitischen Wert der katholischen Soziallehre, die Subsidiarität. Die Frage bezog sich auf die Einzelperson (und nimmt so gesehen Fragen aus dem vorhergehenden Teil wieder auf). Es ergab sich ein deutliches Bild, welches die Erkenntnis aus Kapitel 4 unter-

### Staat nur Aufgaben die ein Einzelner nicht übernehmen kann



Diagr. 9.: Beurteilen Sie folgende Aussagen: Der Staat hat nur jene Aufgaben zu übernehmen, die der Einzelne nicht selber wahrnehmen kann. N=1235, fehlend=52, Std.-Abw.=0.801

- Eine deutliche Mehrheit (84%) haben „ja“ oder „eher ja“ angekreuzt, wobei „eher ja“ leicht überwiegt.
- Ein signifikanter Zusammenhang ergibt sich bei der Betrachtung des Resultates nach Altersklassen. Personen ab 50 Jahren neigen deutlich zu einem „ja“, während jüngere Befragte eher eine ablehnende oder bloss eine eingeschränkt befürwortende Haltung („eher ja“) einnehmen.
- Auch Frauen lehnen die Aussage signifikant häufiger ab.

#### Erkenntnis 3:

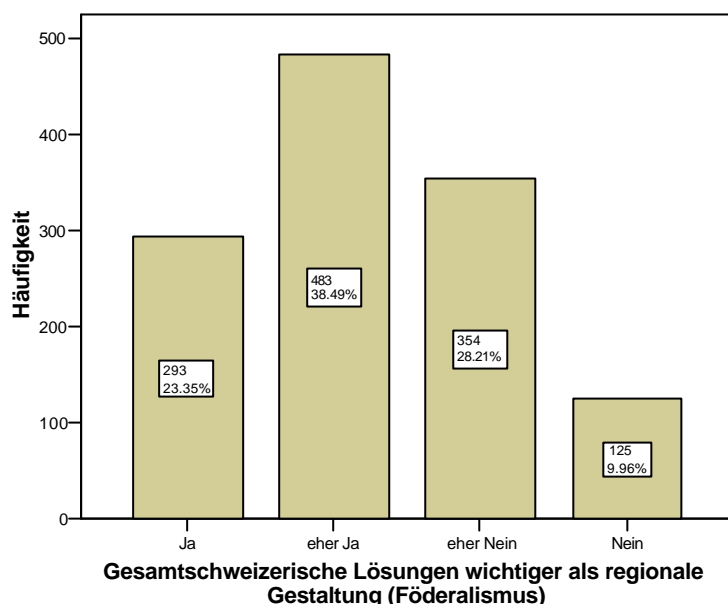
Der Staat hat für die Befragten zwar vor allem jene Aufgaben wahrzunehmen, die eine einzelne Person nicht übernehmen kann, aber insbesondere für jüngere Personen und Frauen nicht nur.

Im gleichen Zusammenhang wurde nach der Einstellung zum Föderalismus gefragt.

- Dabei überrascht, dass knapp 62 Prozent der Befragten die Aussage „Gesamtschweizerisch einheitliche Lösungen sind im Zweifeln wichtiger als Regionaler Gestaltungsspielraum“ mit

„ja“ oder „eher ja“ befürworten. Geschichtlich ist die CVP traditionell eine Partei, die sich für möglichst weitgehenden Föderalismus einsetzt. Dies scheint bei der momentanen Basis

#### Gesamtschweizerische Lösungen wichtiger als regionale Gestaltung (Föderalismus)



Diagr. 10: Beurteilen Sie folgende Aussagen: Gesamtschweizerisch einheitliche Lösungen sind im Zweifel wichtiger als regionaler Gestaltungsspielraum. N=1255, fehlend=32, Std.-Abw.=0.924

- Zusammenhänge mit anderen Merkmalen der Befragten wie Alter, Amt oder Geschlecht sind nicht feststellbar.

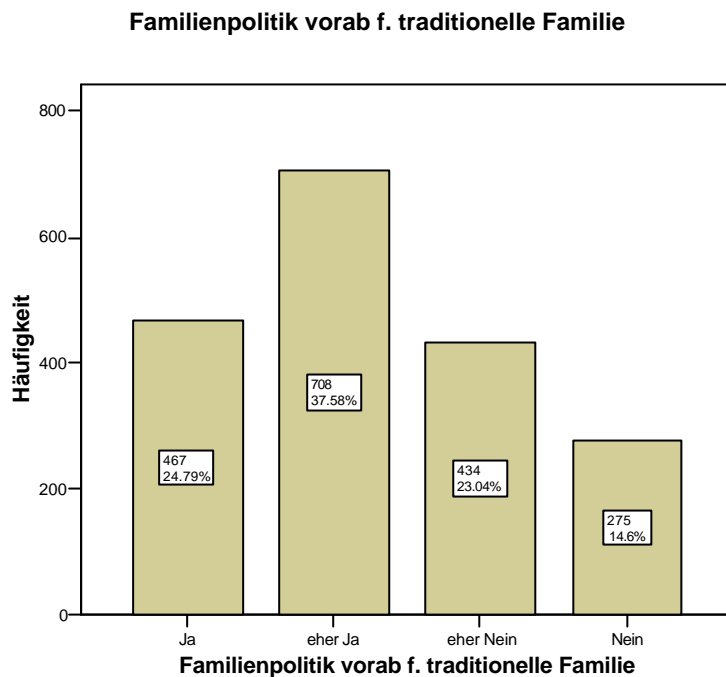
#### Erkenntnis 4:

Die Befragten sind bereit, gesamtschweizerische Lösungen regionalem Gestaltungsspielraum vorzuziehen. Ein möglichst weitgehender Föderalismus findet keine Mehrheit.

#### 7. Familienfragen

In diesem dritten Teil des Fragebogens wurden auch die Einstellungen zum bisherigen Kernthema der CVP, der Familie, abgefragt.

- Das traditionelle Verständnis der Familie als schutzbedürftige Kernzelle der Gemeinschaft wird von 98 Prozent der Befragten bejaht (74%) oder eher bejaht (24%).
- Mehr als 60 Prozent der Befragten sind auch der Meinung, dass sich Familienpolitik vorab an der traditionellen Familie ausrichten soll, wobei die Mehrheit der Befürwortung auf das „eher ja“ fällt. Die Fragestellung konnte jedoch verschieden ausgelegt werden, so dass offensichtlich auch der bloße Wunsch, die traditionelle Familie sei durch die Familienpolitik zu ermöglichen ebenfalls zu „ja“- oder „eher ja“-Antworten geführt hat. Aus den in den Ortsparteien geführten Diskussionen wissen wir, dass die hohe Zustimmung zu dieser Frage keinesfalls als Votum für die alte Rollenverteilung verstanden werden darf.



Diagr. 11: Beurteilen Sie folgende Aussagen: Familienpolitik soll sich vorab nach der traditionellen Familie ausrichten. N=1884, fehlend=33, Std.-Abw.=0.994

- Es ergibt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Antwort auf diese Frage nach der Ausrichtung der Politik auf die traditionelle Familie und der Ausbildung der Befragten: Je höher die Ausbildung, desto eher wird diese Aussage abgelehnt.
- Bei der Untersuchung nach Ämtern zeigt sich, dass die Landschaft signifikant eher eine Familienpolitik vorab für die traditionelle Familie befürwortet.
- Die Betrachtung nach Altersklassen ergibt ebenfalls einen Zusammenhang. Unter 50jährige stehen der Aussage signifikant eher ablehnend gegenüber.
- Auch das Geschlecht einer teilnehmenden Person hat einen signifikanten Zusammenhang mit der Beurteilung dieser Frage: Frauen lehnen die Aussage eher ab.
- Zudem handelt es sich wiederum um eine Frage, die je nach Selbsteinschätzung signifikant verschieden beurteilt wird. Sich links der Mitte einschätzende Personen lehnen die Aussage signifikant deutlicher ab.

Die Formulierung „Familienpolitik soll sich am Wohl des Kindes orientieren“ findet hingegen einhellige Zustimmung. Knapp 94 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu.

**Erkenntnis 5:**

Die Familie ist für die CVP-Basis eine sehr wichtige Institution. Das Familienbild ist jedoch im Wandel. Städtischere, jüngere und weibliche Befragte lehnen eine Familienpolitik vorab für die traditionelle Familie eher ab. Das Familienbild der CVP-Basis ist nicht einheitlich.

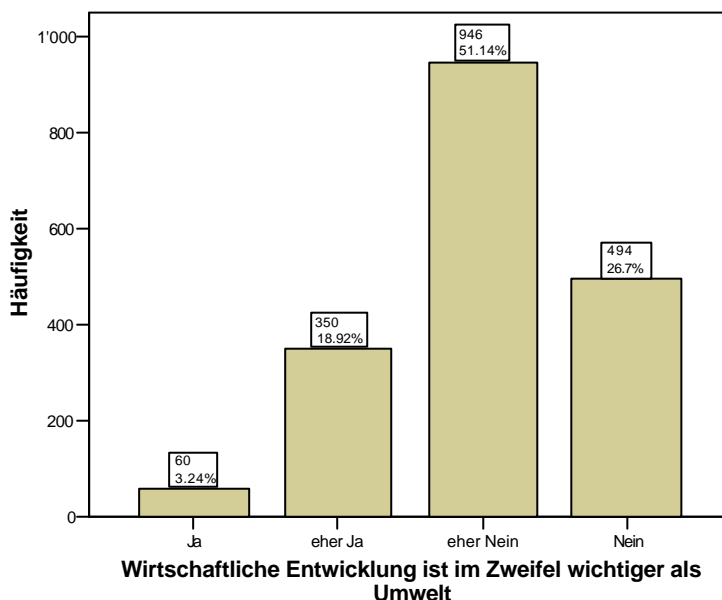
## 8. Nachhaltigkeit

Im gleichen Abschnitt wurden die Befragten auch noch zu ihrer Einstellung zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen befragt. Die etwas höhere Anzahl der fehlenden Daten zeigt jedoch, dass die Teilnehmenden mit dieser Frage Mühe hatten. Verschiedentlich wurde denn auch bemerkt, dass man diese beiden Ziele nicht gegeneinander stellen dürfe.

Das Resultate zu dieser Frage überrascht in seiner Deutlichkeit:

- Mehr als drei Viertel der Befragten lehnten die Aussage „Die wirtschaftliche Entwicklung ist im Konfliktfall wichtiger als die Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen“ ab (27 %) oder eher ab (51%)

### Wirtschaftliche Entwicklung ist im Zweifel wichtiger als Umwelt



Diagr. 12: Beurteilen Sie folgende Aussagen: Die wirtschaftliche Entwicklung ist im Konfliktfall wichtiger als die Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen. N=1850, fehlend=67, Std.-Abw.=0.766

- Auch hier ergibt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Beurteilung dieser Aussage und dem Bildungsstand. Je höher die letzte Ausbildung, desto deutlicher wurde die Aussage abgelehnt.
- Auch bei dieser Fragestellung spielt das Geschlecht eine wichtige Rolle. Frauen lehnen die Aussage signifikant deutlicher ab, als Männer.
- Personen ab 65 Jahren befürworteten die Aussage signifikant häufiger, als jüngere Befragte.
- Wer sich links der Mitte und in der Mitte selber verortet stimmt der Aussage signifikant zu oder eher zu. Auch noch leicht rechts der Mitte (Wert=6) besteht eine signifikant höhere Quote der einschränkend ablehnenden Antwort „eher nein“.
- Eine Unterscheidung der Antworten nach Amtspartei ergab keine signifikanten Zusammenhänge.

**Erkenntnis 6:**

Die wirtschaftliche Entwicklung darf für eine Mehrheit der Befragten die Lebensgrundlagen nicht gefährden. Besonders Frauen, höher ausgebildete und Personen bis 65 Jahre sind dieser Meinung.

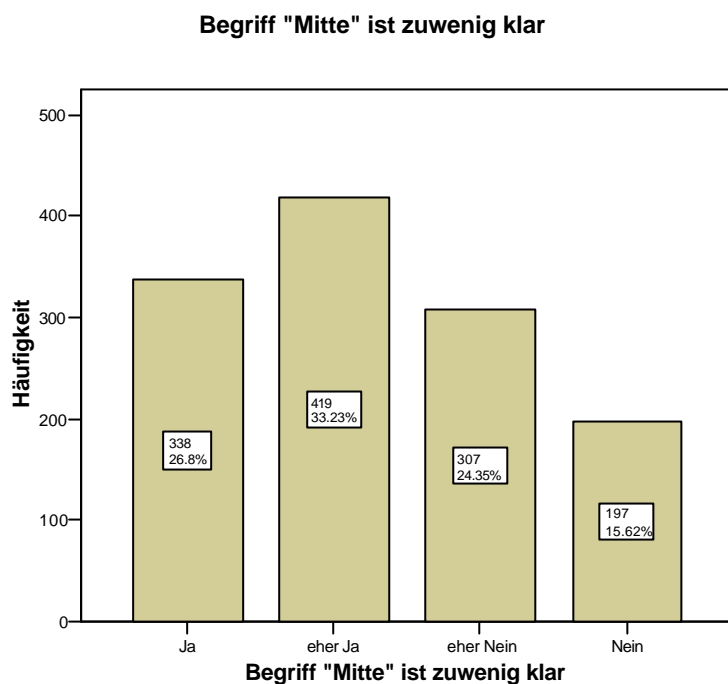
**9. Eigenständigkeit, „Mitte“ und Rolle der CVP**

Im vierten Abschnitt des Fragebogens wurde die Positionierung der CVP und ihre Rolle in der Politik abgefragt.

- Nur eine geringe Mehrheit (56%) der Befragten ist der Meinung, dass die Eigenständigkeit der CVP wichtiger sei, als die Zusammenarbeit mit anderen Parteien. Siebzehn Prozent haben die Aussage bejaht, 39 Prozent haben sie eher befürwortet.
- Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und der Beurteilung dieser Aussage. Ältere Personen (ab 65 Jahren) haben die Eigenständigkeit signifikant häufiger befürwortet als junge Teilnehmende.
- Auch Männer stimmen der Aussage signifikant häufiger zu als Frauen.
- Personen rechts der Mitte stimmen der Aussage signifikant eher zu.

Seit 1971 stellt der Begriff der politischen „Mitte“ eine zentrale Rolle im Selbstverständnis der CVP dar. Wir haben deshalb gefragt, ob dieser Begriff noch definierbar und klar sei.

- 60 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass dies nicht mehr der Fall sei.
- Auch bei dieser Frage kann man feststellen, dass ältere Personen (diesmal ab 50 Jahren) die Aussage, die Mitte sei politisch nicht definierbar und zuwenig klar, signifikant eher befürworten, während jüngere Personen der Aussage eher ablehnend gegenüberstehen.
- Hingegen spielen die Kategorien Amtspartei, Geschlecht und Bildungsstand bei dieser Frage keine signifikante Rolle. Das heisst, es lässt sich von der Herkunft, dem Geschlecht oder der Ausbildung einer teilnehmenden Person nicht auf die Beurteilung des Begriffes der „Mitte“ schliessen.
- Die leicht erhöhte Standardabweichung zeigt ein gewisses Unbehagen bei der Beurteilung der Aussage. Was genau die Mitte ist, scheint nicht klar zu sein. Wenn dieser Begriff weiter verwendet werden soll, besteht Klärungsbedarf.



Diagr. 13: Beurteilen Sie folgende Aussagen aus Ihrer Sicht: Der Begriff „Mitte“ ist politisch nicht definierbar und zuwenig klar. N=1261, fehlend=26, Std.-Abw.=1.027

Die letzte Aussage dieses Teils des Fragebogens legte die klassische Argumentationsfigur der CVP der vergangenen zwei Legislaturen zur Beurteilung vor. Die CVP als die ausgleichende und Kompromisse vorschlagende Kraft wurde von den Befragten deutlich bestätigt.

- Drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass diese Rolle der CVP gut anstehe und kreuzten „ja“ (34 %) oder „eher ja“ (41 %) an.
- Es liegt dabei ein signifikanter Zusammenhang zwischen Ausbildung und der Beantwortung dieser Frage vor. Personen mit Volksschul- oder Lehrabschluss stimmten dieser Aussage signifikant eher zu, als Personen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss.
- Auch die Zustimmung bei älteren Personen ist signifikant höher als bei jüngeren Befragten.
- Personen die sich selber in der Mitte und unmittelbar links und rechts davon (Werte 4-6) verorten, stimmen der Aussage signifikant häufiger zu als jene links und rechts dieser Gruppe.

#### Erkenntnis 7:

Auf Eigenständigkeit muss nach Ansicht der Befragten Wert gelegt werden. Die Aufgabe, eine ausgleichenden Rolle zu spielen, erhält jedoch keine Mehrheit. Der Begriff der Mitte ist für nicht klar.

#### 10. Themen

Grundsätzlich ist zu bemerken, dass es bei dieser Art von Umfrage vor allem der erste Eindruck eines Themas und dessen Beschrieb für die Beurteilung wichtig sind und es konkrete Anliegen meist eher schwieriger haben. Allgemein formulierte Postulate stossen leichter auf Zustimmung.

Zudem dürfte die zum Zeitpunkt der Beantwortung aktuellste politische Diskussion ihren Einfluss gehabt haben.

Über alle Thementausagen hinweg ergibt sich folgende Rangliste der durchschnittlichen Zustimmung (Total Themen: 55, Wert über 3 bedeutet Zustimmung im Durchschnitt höher als „Trifft eher zu“)

1. Steuerliche Entlastung der Familien	3.69
2. Klare Grenzen bei der Forschung am Menschen	3.64
3. Vereinfachung der Abläufe in der Verwaltung	3.64
4. Gegen Gewalt an den Schulen vorgehen	3.61
5. Einfacheres Steuersystem	3.54
6. Sicherung der Qualität in der Bildung	3.51
7. Förderung erneuerbarer Energien	3.49
8. Ausgeglichene Staatsrechnung	3.45
9. Stete Weiterentwicklung des Bildungswesens	3.44
10. Unterstützung für innovative Landwirte	3.43
11. Landesweit einheitliche Kinderzulagen	3.42
12. Finanzielle Anerkennung der Erziehungsarbeit	3.40
13. Abbau der Staatsschulden	3.40
14. Mehr unternehmerischer Spielraum für die Landw.	3.39
15. Kostensenkung bei der IV	3.32
16. Gleiches Rentenalter für Frauen und Männer	3.30
17. Flexibles Rentenalter	3.29
18. Anspruch auf Einbürgerung bei klaren Kriterien	3.25
19. Verrichtung gemeinnütziger Arbeit durch Asylbew.	3.25
20. Beibehaltung der Neutralität	3.23
21. Mehr Investitionen in die Bildung	3.22
22. Einheitliches Steuersystem	3.21
23. Sprachtest bei Einbürgerungen	3.20
24. Verstärkt. Zusammengehen der Zentralschw. Kant.	3.15
25. Zusammengehen von Gemeinden (Fusionen)	3.13
26. Mehr Wettbewerb für tiefere Preise	3.13
27. Mehr Sicherheit durch erhöhte Polizeipräsenz	3.12
28. Finanzielle Beiträge zur Förderung der Regionen	3.12
29. Ergänzungsleist. F. einkommensschwache Familien	3.10
30. Aufwertung des Natur- und Landschaftsschutzes	3.08

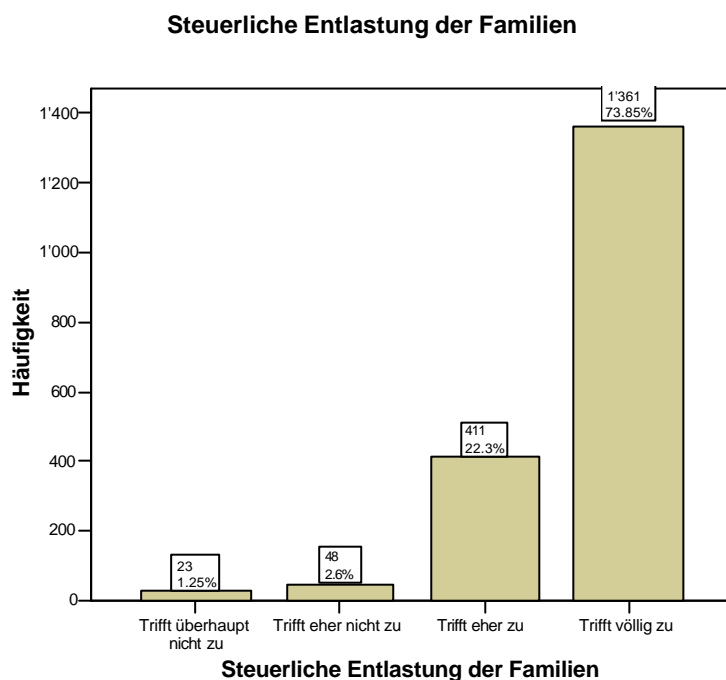
Am wenigsten Zustimmung erhielten folgende Themen:

46. Höhere Prämienverbilligungen	2.77
47. Strassengebühr bei besonderen Strassen	2.76
48. Wahlfreiheit der Eltern zw. Kinderbet. und Beruf	2.76
49. Gegen die Entkriminalisierung weicher Drogen	2.75
50. Ausgaben für Landwirtschaft nicht senken	2.60
51. Höhere Selbstbeteiligung bei den Krankheitskost.	2.60
52. Fusion der Agglomerationsgemeinden mit Luzern	2.58
53. Beibehaltung der Kernenergie	2.45

54. Gleichstellung homosexueller Paare	2.29
55. Frühere Einschulung	2.20

Einige wenige dieser Antworten seien im Folgenden speziell dargestellt – diese genaue Analyse kann selbstverständlich für jedes Thema gemacht werden.

#### Steuerliche Entlastung der Familien

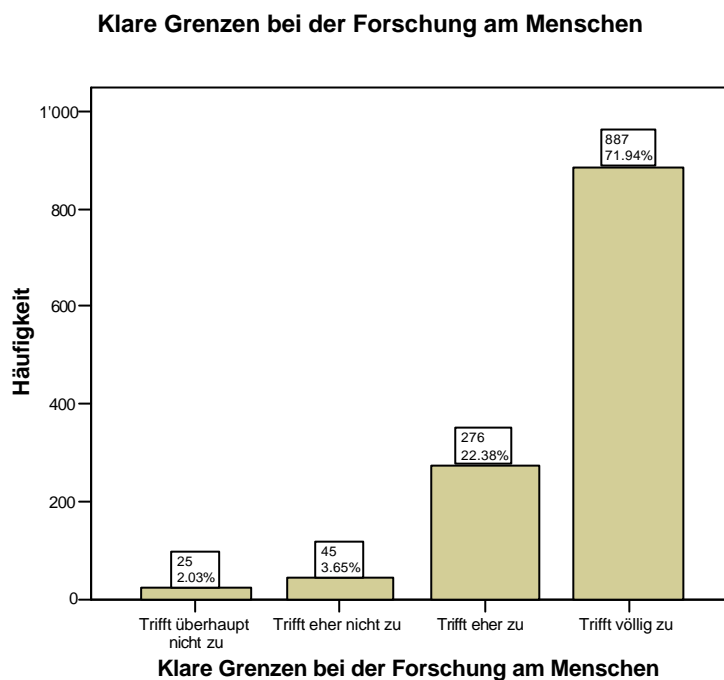


Diagr. 14: Beurteilen Sie die folgende Aussage: Die CVP sollte sich in Zukunft für eine steuerliche Entlastung der Familien stark machen. N=1843, fehlend=74, St.-Abw. 0.585

- Die grosse Mehrheit der Befragten – das Total der Antworten „trifft eher zu“ und „trifft völlig zu“ beträgt mehr als 96 Prozent – ist der Ansicht, dass sich die CVP auch in Zukunft für die steuerliche Entlastung der Familie einsetzen soll.
- Die Betrachtung der Antworten mit den Antworten auf die Einstiegsfrage zeigt, dass jene Befragten, die sich für eine ausdrückliche Orientierung am „C“ aussprechen bei dieser Frage signifikant deutlicher ebenfalls „völlig“ zustimmen.
- Ein höchst signifikanter und recht starker Zusammenhang ( $p=0.00$ ,  $r=0.51$ ) ergibt sich bei einem Vergleich der Antworten auf diese Frage mit den Antworten auf die Frage ob die Familienpolitik vorab auf die traditionelle Familie auszurichten sei. Wer für eine Orientierung an der traditionellen Familie ist, unterstützt die Forderung nach steuerlichen Entlastungen signifikant weniger als andere Teilnehmende.
- Bildung, Kind unter 18 Jahren, Geschlecht, Alter oder Herkunft (Amtspartei) stehen in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Forderung nach steuerlichen Entlastungen für die Familie.

- Hingegen besteht ein Zusammenhang mit der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala: Personen die sich selber einen Wert rechts der Mitte geben (7-10) stimmen der Forderung signifikant häufiger bloss eher zu als völlig zu.

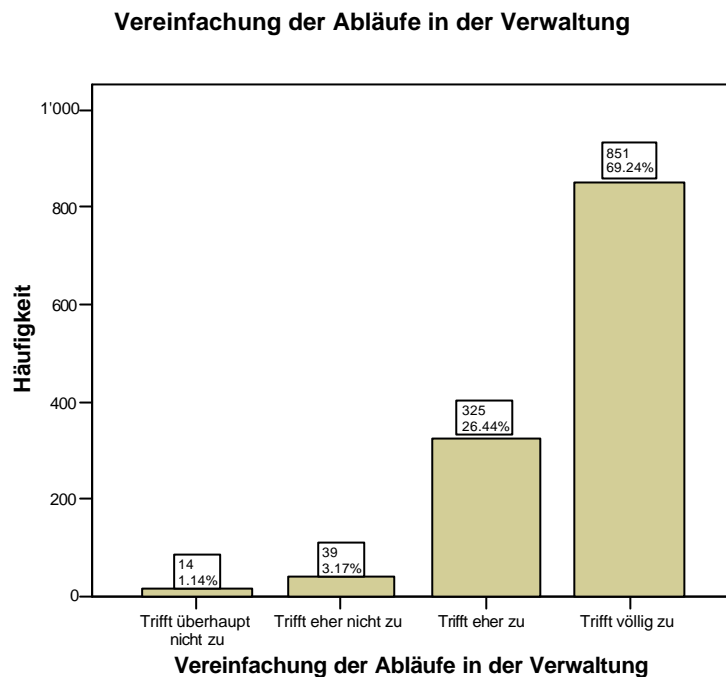
### Klare Grenzen bei der Forschung am Menschen



Diagr. 15: Beurteilen Sie die folgende Aussage: Die CVP fordert in Zukunft klare Grenzen bei der Forschung am Menschen. N=1233, fehlend=54, St.-Abw. 0.652

- Auch dieses Anliegen wird mit total über 94 Prozent von „trifft eher zu“ und „trifft zu“ befürwortet.
- Besonders bei den Altersklassen über 65 Jahren wird dem Anliegen signifikant stärker zugestimmt, als bei jüngeren Personen. Der Zusammenhang ist nicht nur signifikant, sondern auch recht stark ( $p=0.004$ ,  $r=0.80$ ).
- Auch die Antwort auf die Einstiegsfrage, ob sich die Partei ausdrücklich an christlichen Werten orientieren soll, steht in einem signifikanten Zusammenhang mit der Forderung nach klaren Grenzen für die Forschung am Menschen. Wer bei der Einstiegsfrage ein „ja“ angekreuzt hat, stellt sich signifikant deutlicher hinter diese Forderung als andere. Wer bei der Einstiegsfrage ein „eher ja“ angekreuzt hat, ist auch bei dieser Forderung signifikant häufiger bei der eingeschränkten Zustimmung („trifft eher zu“) vertreten.

## Vereinfachung der Abläufe in der Verwaltung



Diagr. 16: Beurteilen Sie die folgende Aussage: Die CVP fordert in Zukunft die Abläufe in der Verwaltung zu vereinfachen. N=1229, fehlend=58, St.-Abw. =0.603

- Auch die Forderung nach Vereinfachung der Abläufe in der Verwaltung wird mit überwiegender Mehrheit gutgeheissen.
- Bei dieser Forderung besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Erwerbsarbeit einer Person und der Beurteilung dieser Aussage. Pensionierte und Selbständigerwerbende stimmen dieser Forderung stark signifikant ( $p=0.004$ ,  $r=0.61$ ) zu.
- Zudem gibt es auch einen Zusammenhang mit der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala, da Personen rechts der Mitte (Werte 6-10) der Forderung signifikant häufiger „völlig“ zustimmen. Die Befragten in der Mitte und links der Mitte sind signifikant häufiger bei einer eingeschränkten Zustimmung („trifft eher zu“).

## Einfacheres Steuersystem

- Fast 94 Prozent der Befragten („trifft völlig zu“=62%, „trifft eher zu“=32%) sind der Meinung, die CVP solle sich in Zukunft ein einfacheres Steuersystem fordern (N=1223, fehlend=64, St.-Abw.=0.661).
- Dabei zeigt sich ein Vergleich mit den Altersklassen, dass die älteren Befragten (ab 50 Jahren) signifikant stärker zu einem „trifft völlig“ zu neigen, als die jüngeren die sich häufiger für ein „trifft eher zu“ entscheiden. Der Zusammenhang ist höchst signifikant und sehr stark ( $p=0.001$ ,  $r=0.92$ ).

### Förderung erneuerbarer Energien

- Mehr als 92 Prozent („trifft völlig zu“=57%, „trifft eher zu“=35%) stimmen der Aussage zu, die CVP solle in Zukunft die Förderung erneuerbarer Energien verlangen (N=1223, fehlend=64, St.-Abw.=0.663).
- Überraschend ergibt sich ein höchst signifikanter Zusammenhang zwischen der der Befürwortung dieser Forderung und der Beantwortung der Einstiegsfrage. Wer bei der Einstiegsfrage ein „ja“ zur Aussage, dass sich die Partei ausdrücklich an christlichen Werten orientieren soll, angekreuzt hat, steht der Förderung erneuerbarer Energien signifikant positiver gegenüber als jene Befragten, die bei der Einstiegsfrage ein „eher ja“ angekreuzt haben.
- Ebenfalls besteht ein Zusammenhang zur Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala. Personen in der Mitte und rechts davon (Werte 5-10) sind signifikant häufiger bei jenen, die diese Forderung nur eingeschränkt unterstützen („trifft eher zu“).

### Ausgeglichene Staatsrechnung

- Gut die Hälfte der Befragten stimmen der Forderung, die CVP solle sich in Zukunft für eine ausgeglichene Staatsrechnung einsetzen „völlig“ zu. Weitere 45 Prozent stimmen der Forderung eher zu (N=1234, fehlend=53, St.-Abw.=0.608).
- Männer stimmen der Forderung signifikant häufiger zu als Frauen.
- Personen rechts der Mitte (Werte 6-10) stimmen der Forderung nach einer ausgeglichenen Staatsrechnung signifikant häufiger „völlig“ zu, während die Befragten, welche sich selber links der Mitte ansiedeln, der Forderung signifikant häufiger bloss „eher“ zustimmen.

### Landesweit einheitliche Kinderzulagen

- Knapp 59 Prozent der Befragten stimmen der Aussage „völlig“ zu. Eine eingeschränkte Zustimmung erhält die Forderung nach landesweit einheitlichen Kinderzulagen noch von 28 Prozent. (N=1231, fehlend=56, St.-Abw.=0.823).
- Auch bei dieser Forderung zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang mit der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala. Personen rechts der Mitte (Werte 7-10) neigen signifikant zu einer geringeren Zustimmung zu landesweit einheitlichen Kinderzulagen.

### Die Themen mit dem grössten Handlungsbedarf

Der Fragebogen war so aufgebaut, dass die Teilnehmenden jeweils zuerst die Haltung der CVP „im Moment“ und dann die von ihnen gewünschte Haltung der CVP in Zukunft angeben mussten. Diese doppelte Bewertung war nicht allen Befragten klar. Einige Teilnehmende bekundeten offensichtlich Mühe, die erste Bewertung „So ist es im Moment“ auszufüllen, was sich in einer deutlich höheren Quote der fehlenden Angaben von rund 200 (statt wie üblich circa 60) niederschlägt. Trotzdem lässt sich aus den verbleibenden Daten (pro Thema rund 800 Datenpaare) eine Differenz zwischen der Beurteilung des IST-Zustandes und des SOLL-Zustandes errechnen und damit den Handlungsbedarf pro Thema aufzeigen. Wenn für jedes Thema der durchschnitt-

liche Handlungsbedarf (Durschnittliche Differenz zwischen IST und SOLL) errechnet wird, ergibt sich folgende Liste der Top-Handlungsbedarfsthemen für die CVP:

1. Vereinfachung der Abläufe in der Verwaltung	-1.34
2. Einfacheres Steuersystem	-1.11
3. Verrichtung gemeinnütziger Arbeit durch Asylbew.	-1.10
4. Einheitliches Steuersystem	-1.10
5. Einführung eines Sprachtests bei Einbürgerungen	-0.91
6. Förderung erneuerbarer Energien	-0.88
7. Förderung innovativer Landwirte	-0.78
8. Landesweit einheitliche Kinderzulagen	-0.78
9. Einsatz gegen Gewalt an der Schule	-0.76
10. Einführung Strassengebühr bei beso. Strassen	-0.76

#### Erkenntnis 8:

Es gibt wie erwartet eine verhältnismässig grosse Zahl von Themen, bei denen innerhalb der Basis keine Einigkeit herrscht oder bei denen unterschiedlicher Handlungsbedarf erkannt wird.

#### 11. offene Themenfragen

Der Fragebogen hat zudem die Befragten gebeten, offen Ihre Themen aus verschiedenen Blickwinkeln (allgemeine Bevölkerung, persönlich, in Zukunft und CVP) aufzuschreiben. Die Resultate sind ziemlich deutlich und zeigen, wo die Befragten „der Schuh“ drückt. Die hohe Quote der fehlenden Werte zeigt, dass diese Frageart nicht bei allen Personen gut aufgenommen wurde. Es liegt der Verdacht nahe, dass für einige Befragten der Aufwand, hier Themen zu nennen, zu gross war.

#### Themen, die nach Einschätzung der Befragten die Bevölkerung beschäftigen

1. Platz (N=1198, fehlend=89)	Häufigkeit	Prozent
Arbeitslosigkeit	328	27.4
Ausländer	150	12.5
Krankenkasse/Gesundheit	115	9.6

2. Platz (N=1165, fehlend=122)	Häufigkeit	Prozent
Arbeitslosigkeit	162	13.9
Krankenkasse/Gesundheit	161	13.8
Gewalt/Kriminalität	126	10.8

3. Platz (N=1107, fehlend=180)	Häufigkeit	Prozent
Gewalt/Kriminalität	108	9.8
Krankenkasse/Gesundheit	107	9.7
Ausländer	103	9.3

Themen, die die Befragten persönlich beschäftigen

1. Platz (N=1137, fehlend=150)	Häufigkeit	Prozent
Finanzen der öffentlichen Hand	103	9
Politiklima, Polarisierung, Blockierung	95	8.4
Ausländer/Asylwesen	76	6.7

2. Platz (N=1097, fehlend=190)	Häufigkeit	Prozent
Finanzen der öffentlichen Hand	84	7.7
Ausländer/Asylwesen	66	6
Gesundheitswesen	65	5.9

3. Platz (N=986, fehlend=301)	Häufigkeit	Prozent
Zusammenarbeit mit Europa	70	7.1
Ausländer/Asylwesen	63	6.4
Finanzen der öffentlichen Hand	62	6.3

Themen, die nach Einschätzung der Befragten für die Zukunft wichtig sind

1. Platz (N=1096, fehlend=191)	Häufigkeit	Prozent
Zusammenarbeit mit Europa	180	16.4
Finanzen der öffentlichen Hand	136	12.4
Wirtschaftswachstum/Innovation	70	6.4

2. Platz (N=1053, fehlend=234)	Häufigkeit	Prozent
Zusammenarbeit mit Europa	95	9.0
Finanzen der öffentlichen Hand	90	8.5
Umwelt/Energie	74	7

3. Platz (N=953, fehlend=334)	Häufigkeit	Prozent
Zusammenarbeit mit Europa	99	10.4
Finanzen der öffentlichen Hand	64	6.7
Familienpolitik ex aequo mit Wirtschaftswachstum/Innovation	54	5.7

Themen, bei denen sich die CVP engagieren soll

1. Platz (N=1676, fehlend=241)	Häufigkeit	Prozent
Familie	686	40.9
Bildung	165	9.8
Wirtschaftswachstum/Innovation	87	5.2

2. Platz (N=1610, fehlend=307)	Häufigkeit	Prozent
Familie	254	15.8
Bildung	248	15.4
Finanzen der öffentlichen Hand ex aequo mit Umwelt/Energie	105	6.5

3. Platz (N=1459, fehlend=458)	Häufigkeit	Prozent
Bildung	167	11.4

Familie	120	8.2
Wirtschaftswachstum/Innovation	117	8

#### Erkenntnis 9:

Themen der CVP sind: Familie, Bildung und Wirtschaft. Zusätzlich müssen klare Positionen in Themen wie Ausländerfragen oder Staatsfinanzen erarbeitet werden.

## 12. Organisation

Im vorletzten Teil des Fragebogens wurden die Teilnehmenden zu Ihren Vorstellungen einer idealen Parteiversammlung befragt. Es ging ganz konkret darum herauszufinden, welche Dinge der Basis wichtig und welche eher unwichtig sind. Wenn die Durchschnitte aller Daten in eine Reihenfolge gestellt werden ergibt sich folgende Hitliste der wichtigen Inhalte einer Parteiversammlung:

1. Informationen zu aktuellen Themen (N=1210, fehlend=77, St.-Abw.=0.609)
2. Referate von Fachleuten (N=1200, fehlend=87, St.-Abw.=0.677)
3. Diskussionen unter Anwesenden (N=1190, fehlend=97, St.-Abw.=0.723)
4. Informationen zur Parteipolitik (N=1194, fehlend=93, St.-Abw.=0.722)
5. Persönlicher Kontakt zu Politikern/-innen (N=1200, fehlend=87, St.-Abw.=0.677)
6. Podiumsdiskussionen (N=1183, fehlend=104, St.-Abw.=0.756)
7. Geselliges Beisammensein (N=1130, fehlend=157, St.-Abw.=0.850)

Die hohe Rate der fehlenden Angaben bei der Frage nach dem Stellenwert der Geselligkeit lässt darauf schliessen, dass viele Befragte ein gewisses Unbehagen empfanden, diese Frage zu beantworten. Es darf vermutet werden, dass sich die Befragten nicht getraut haben, diese Frage offen zu beantworten (bekanntes Problem der Wünschbarkeit eines Resultates). Das Resultat ist deshalb mit Vorsicht zu werten.

#### Erkenntnis 10:

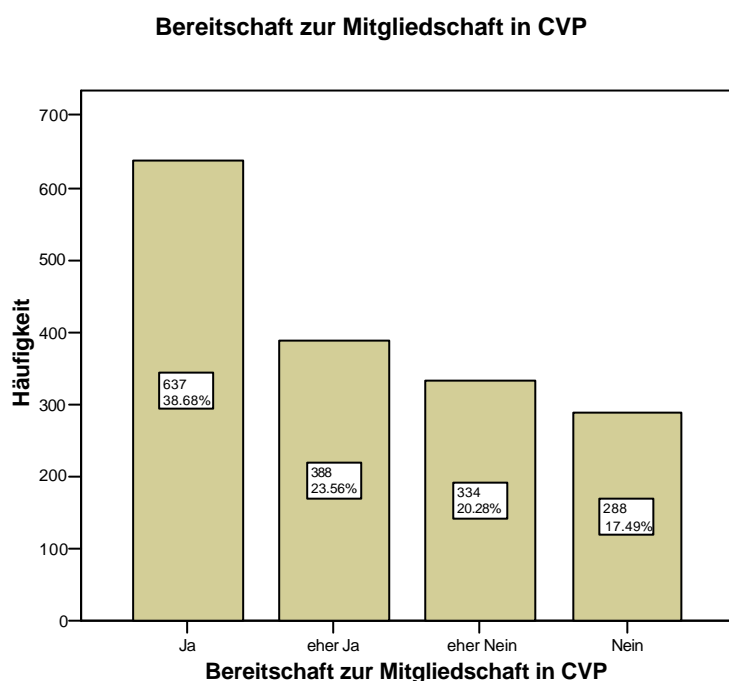
Die Parteibasis will an Versammlungen Informationen zu aktuellen Themen und eine offene Diskussion darüber.

## 13. Parteimitgliedschaft

Der Schluss der Befragung von Versammlungen und Einzelpersonen bildeten Fragen zur Organisation der Kantonal- und Ortspartei, sowie zur Mitgliedschaft. Dabei stand der Veränderungswille, respektive die Frage nach der Bereitschaft an der bisherigen Organisation etwas zu ändern und vielleicht als Mitglied an dieser Erneuerung mitzuhelfen, im Zentrum.

- Eine Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass Kantonal- und Ortspartei Veränderungen brauchen, wobei diese Mehrheit bei der Ortspartei mit 51 Prozent „ja“ oder „eher ja“ Voten nur gering ausfällt (Kantonalpartei total 63%).

Die Resultate dürfen aber nicht überinterpretiert werden, denn die Fragen standen zusammenhangslos da und geben deshalb mehr eine Grundstimmung des Veränderungswillens wider. Der Wunsch nach Veränderungen der Kantonalpartei ist in der Stadt Luzern und im Amt Willisau signifikant ausgeprägter als in den anderen Ämtern.



Diagr. 17: Beurteilen Sie folgende Aussagen. Ich bin bereit, mich als Mitglied bei der CVP einzuschreiben (sofern noch keine Mitgliederpartei besteht). N=1647, fehlend=270, St.-Abw. 1.124

Eine ansehnliche Mehrheit der Befragten ist zudem bereit, Mitglied der CVP zu werden. 62 Prozent gaben zu diesem Schritt befragt ein „ja“ oder „eher ja“ an. Die hohe Anzahl fehlender Antworten kann verschiedene Ursachen haben. Einerseits haben Befragte aus Gemeinden mit einer Mitgliederpartei diese Frage oft nicht beantwortet, andererseits scheint auch ein gewisses Unbehagen mit dieser klaren und direkten Frage bestanden zu haben, worauf auch die erhöhte Standardabweichung hindeutet. Auch der Ort dieser Frage unmittelbar am Schluss der Befragung dürfte die Rate der fehlenden Antworten erhöht haben.

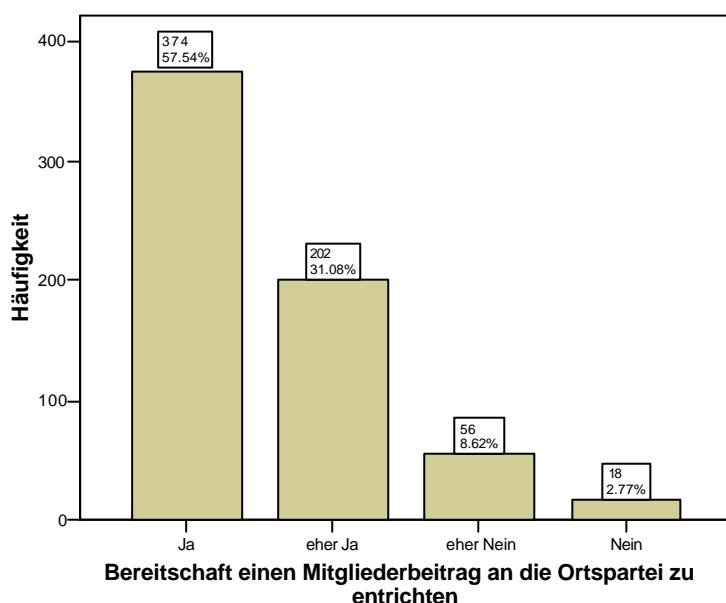
- Die Bereitschaft, sich als Mitglied einzuschreiben ist in der Stadt und in den Ämtern Luzern-Land und Hochdorf signifikant grösser, in den Ämtern Sursee und Willisau signifikant kleiner. Entlebuch entspricht diesbezüglich dem kantonalen Mittel.
- Die Frage der Mitgliedschaft ist zudem auch eine Frage des Alters: älter als 65jährige haben signifikant grössere Vorbehalte gegenüber einer Mitgliedschaft. Bei den jüngeren ist ein uneinheitliches Bild erkennbar. Während 51-64jährige signifikant häufiger eine Mitgliedschaft voll befürwortet, sind die 36-50jährigen signifikant häufiger bei der eingeschränkten Befürwortung („eher ja“) zu finden.

- Männer und Personen mit einem akademischen Bildungsweg sind signifikant häufiger zu einer Mitgliedschaft bereit, als Frauen und Personen mit einem Volksschul- oder Lehrabschluss.
- Besonders interessant ist ein Vergleich der Einstellungen zu einer Mitgliedschaft mit der Einstiegsfrage, ob die Partei sich an ausdrücklich christlichen Werten orientieren soll. Wer bei der Einstiegsfrage „ja“ oder „eher ja“ angekreuzt hat steht auch einer Mitgliedschaft signifikant positiver gegenüber.

Bei der Frage des Mitgliederbeitrages ist eine klare Tendenz erkennbar.

- Von jenen Personen, die sich eine Mitgliedschaft vorstellen können („ja“ oder „eher ja“) sind 89 Prozent dafür oder eher dafür, einen Mitgliederbeitrag an die Ortspartei zu entrichten.

**Bereitschaft einen Mitgliederbeitrag an die Ortspartei zu entrichten**



Diagr. 18: Beurteilen Sie folgende Aussage: Ich bin bereit einen jährlich festgelegten Mitgliederbeitrag an die Ortspartei zu bezahlen. Fälle ausgewählt: Bereitschaft zur Mitgliedschaft „ja“ oder „eher ja“. N=650, fehlend=375, Std.-Abw.=0.765

- Nur vierzig Prozent der zu einer Mitgliedschaft bereiten Befragten wären auch bereit, einen Mitgliederbeitrag an die CVP Schweiz zu entrichten (Idee der CVP Schweiz).

**Erkenntnis 11:**

Die Bereitschaft zur Mitgliedschaft besteht. Es bestehen aber verschiedene diesbezügliche gewachsene Kulturen, die ländlichere und ältere Befragte eher skeptisch reagieren lassen.

---

## Befragung der Ortsparteipräsidentinnen und Ortsparteipräsidenten und der Vorstände

---

### 1. Teilnehmende

Bei der Projektleitung sind insgesamt 79 ausgefüllte Fragebogen von Ortsparteipräsidentinnen und Ortsparteipräsidenten eingegangen. Auch hier lag in den Ämtern Sursee und Willisau die Beteiligung etwas höher als in den übrigen Regionen. Im Durchschnitt dauerte das Ausfüllen eine dreiviertel Stunde.

In allen Ortsparteien besteht auch eine FDP-Sektion, in zwei Drittel der Orte besteht eine SVP, in einem Viertel begegnet man der SP und in je sechs Gemeinden besteht eine Grüne Partei oder eine andere Parteigruppe.

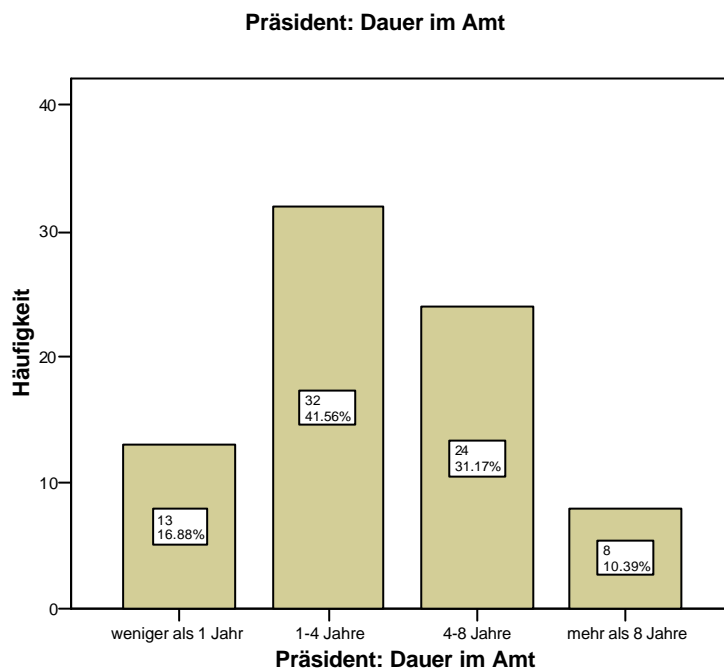
Von den Ortsparteivorständen sind 236 Fragebogen eingegangen. Dabei liegt wieder das Amt Willisau an der Spitze (71), gefolgt von Sursee (51) und Luzern-Land (46), Hochdorf (40) und Entlebuch (24).

### 2. Strukturen der Ortsparteien

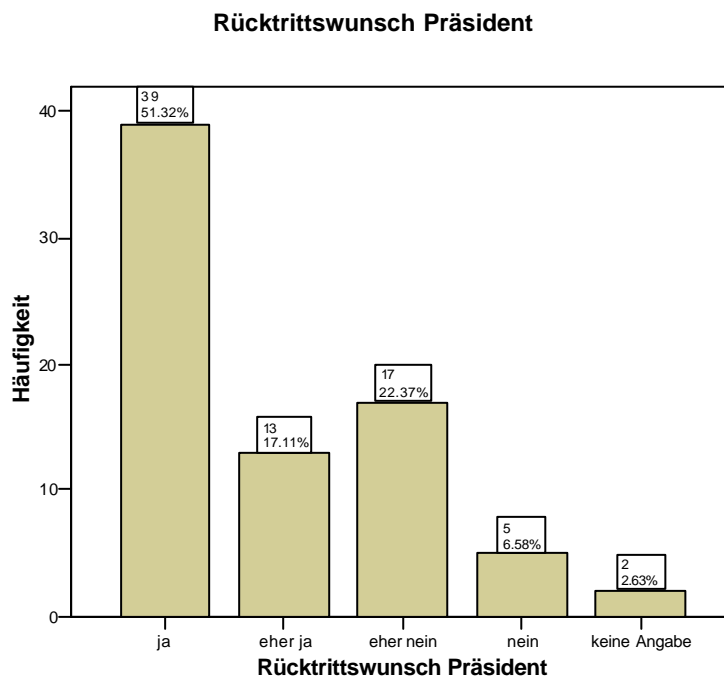
- In der durchschnittlichen Ortspartei wird die operative Arbeit durch einen etwa siebenköpfigen Vorstand erledigt, wovon an den Vorstandssitzungen ungefähr sechs Personen erscheinen. Er tagt 6-7 mal pro Jahr, mehrheitlich in regelmässigen Abständen.
- In knapp zwei Drittel der befragten Ortsparteien gibt es eine Zwischenstufe im Sinne eines erweiterten Vorstandes oder eines Parteikomitees. Es umfasst im Durchschnitt 24 Mitgliedern, von denen durchschnittlich 16 an den 3-4 Sitzungen pro Jahr teilnehmen. In gewissen Gemeinden ist das Parteikomitee sehr gross (bis zu 60 Mitglieder) und stellt so gesehen fast eine Art Mitgliederversammlung dar. Es kommt vor, dass diese Mitglieder des Parteikomitees auch einen Mitgliederbeitrag entrichten.
- Das wichtigste Gremium ist hingegen die Parteiversammlung. Die Einladung erfolgt nach Angaben der Präsidentinnen und Präsidenten an alle Haushalte entweder via Flugblatt oder mittels einer Einladung in der Lokalzeitung. Durchschnittlich nehmen 31 Personen an der Versammlung teil, die 2-3 mal im Jahr meist regelmässig stattfindet.
- Die Gremien beschäftigen sich vor allem mit der Besetzung von Behördenämtern und partei-internen Personalfragen.
- Etwas weniger deutlich kommen auch noch die Geschäfte der Gemeindeversammlung vor.
- Es fällt dabei auf, dass diese Themen der Gremien meist fremdbestimmt sind, das heisst, die Arbeit der Gremien wird durch andere (zum Beispiel durch die Gemeindeexekutive) be-

stimmt. Es besteht wenig Raum für die eigenen gestaltenden Ideen, für Themen und neue Vorstellungen der beteiligten Personen. Eigene Aktivitäten sind schwierig zu entwickeln.

- Das Durchschnittsalter des typischen Vorstandes ist 45 Jahre.
- Der Präsident oder die Präsidentin ist meist seit 1-4 Jahren im Amt (42%) oder in seiner



Diagr. 19: Frage: Wie lange ist der/die Präsident/in schon im Amt?  
N=77, fehlend=2



Diagr. 20: Frage: Möchte der Präsident in den nächsten zwei Jahren zurücktreten? N=76, fehlend=3

- Erschreckend ist der hohe Anteil jener Präsidenten, die in den nächsten zwei Jahren zurücktreten wollen. Mehr als die Hälfte der Befragten antworteten mit „ja“ und noch einmal 17

Prozent haben „eher ja“ angekreuzt“. Zusammengenommen hegen zwei Drittel der Befragten OrtsparteipräsidentInnen Rücktrittsgedanken.

Für die effiziente Arbeit in einem Vorstand sind Unterlagen und Anleitungen nötig. Es geht dabei darum, dass alle Beteiligten wissen, was ihre Aufgabe ist und welche Instrumente ihnen zur Verfügung stehen, diese Aufgaben zu erfüllen. Entscheidend ist dabei, dass jede Ortsparteien jene Unterlagen hat, die sie für ihre Arbeiten in den verschiedenen Ressorts braucht. Folgende Unterlagen sind bei den befragten Ortsparteien vorhanden:

Statuten: 61%  
Leitbild 28%  
Geschäftsordnung: 9%  
Pflichtenhefte: 27%  
Adresskartei: 80%

Fünf Ortsparteien haben den Wechsel zur Mitgliederpartei gewagt (rund 8 %) Es sind dies: Gelfingen, Hitzkirch, Wauwil, Hämikon, Stadt Luzern. Zu beachten ist, dass es verschiedene Mischformen gibt von Parteien, die sich als Mitgliederparteien bezeichnen, aber zum Beispiel keinen Mitgliederbeitrag erheben.

#### Erkenntnis A:

Die Strukturen sind aus Sicht der Ortsparteien grundsätzlich in Ordnung. Es bestehen aber Verbesserungspotentiale bei der Arbeit der Gremien und den Instrumenten. Die grosse Anzahl an rücktrittswilligen Präsidentinnen und Präsidenten ist problematisch für die Partei.

### 3. Einzelne Ressorts

#### Finanzen

- Die Ortsparteien finanzieren sich einerseits stark aus Beiträgen der Gemeinden. 53 Ortsparteien (60%) erhalten einen Gemeindebeitrag, in fast allen Fällen basierend auf den an den letzten Grossratswahlen erzielten Listenstimmen.
- Einige Ortsparteien erheben Beiträge von ihren Gemeinderäten (40%) oder auch von Grossräten (11%) oder anderen bezahlten Behördenmitglieder zum Beispiel in Kommissionen (19%).

#### Kommunikation intern und extern

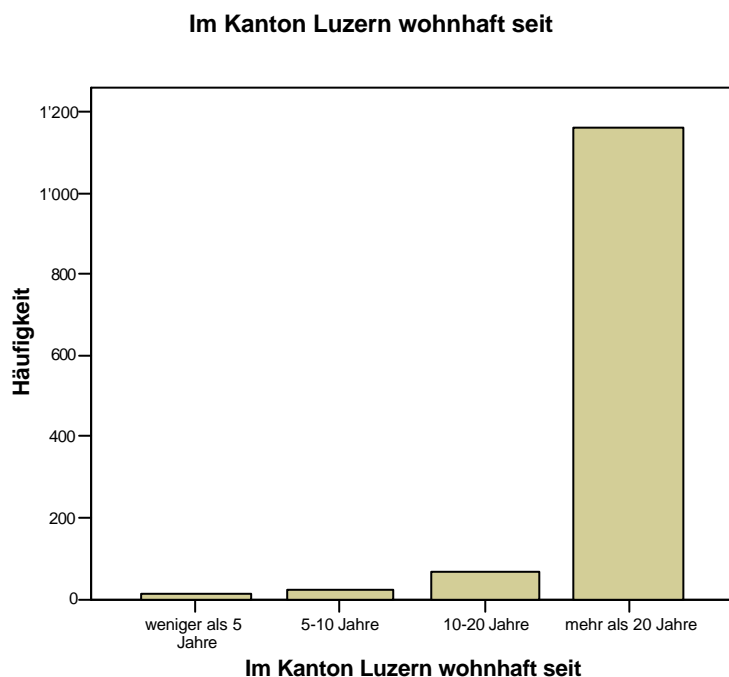
- Die Kommunikation läuft in den meisten Fällen über Flugblätter und mittels Zeitungsmeldungen.
- Mail und Websites sind noch eher selten.
- Es wird kaum zwischen der externen Öffentlichkeit und den eigenen Leuten unterschieden.

### Administration und Adressen

- Im Durchschnitt verfügt die Ortspartei über 183 Adressen in elektronischer Form und über 31 Mailadressen. Wobei es bei dieser Frage sehr grosse Unterschiede zwischen den Ortsparteien gibt. Zudem fällt die geringe Zahl Mailadressen auf, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass rund drei Viertel der Befragten Einzelpersonen über eine Mailadresse verfügen und diese Art der Kommunikation Portokosten einspart.

### Personalfragen und Mitgliederwerbung

- Bei der Mitgliederwerbung fällt auf, dass in der Mehrheit der Ortsparteien nur manchmal selten überhaupt konkrete Anstrengungen unternommen werden, neue Mitglieder zu gewinnen. Dabei wird vor allem das direkte Gespräch gesucht.
- Einige Ortsparteien versenden manchmal ein Schreiben an neu Zugezogene. Das erklärt wahrscheinlich auch das an sich erstaunliche Resultat der Befragung der Einzelpersonen über ihre Wohndauer im Kanton Luzern.



Diagr. 21: Wie lange haben Sie Ihren Wohnsitz im Kanton Luzern?  
N=1272, fehlend=15

- In der Befragung gaben die meisten Ortsparteipräsidenten an, dass sie oder jemand anderer des 1. Gremiums für die Personalpolitik zuständig ist.
- Als Instrument der Personalpolitik dient vor allem das Gespräch mit Amtsträgern, d.h. die Verantwortlichen suchen regelmässig das Gespräch mit Leuten, die bereits ein Amt haben und besprechen die Personalpolitik.
- Zweitwichtigstes Mittel ist die Durchsicht einer Adressliste oder in einigen Gemeinden auch des Stimmregisters.

## Erkenntnis B:

Die Ortsparteien nehmen ihr zentralen Aufgaben mehr oder weniger gut war. Man bewegt sich bei der Erledigung auf den gewohnten und meistens bewährten Pfaden.

## 4. Selbstbeurteilung

Am Schluss des Fragebogens der Ortsparteipräsidentinnen und Ortsparteipräsidenten haben wir um eine Beurteilung der eigenen Ortspartei nachgesucht. Das Resultat zeigt, dass die Präsidentinnen und Präsidenten mit ihrer Ortspartei zufrieden sind und nur in einigen wenigen Bereichen Verbesserungen als nötig erachten. Die durchschnittlichen Beurteilungen:

1.Vorstand gut informiert	eher ja
2.Vorstand ist motiviert	eher ja
3.Behördenämter problemlos besetzen	eher ja
4.Finanzierung gut sicherstellen	eher ja
5.Parteiämter problemlos besetzen	eher nein

Welche Bereiche könnten besser laufen?

1.Finzen	eher ja
2.Diskussionen über Themen	eher ja
3.Interne Organisation	eher nein
4.Interne Information	eher nein
5.Administration	eher nein
6.Vorbereitung von Anlässen	eher nein

Die Ortsparteivorstände beurteilen die Situation ganz ähnlich:

1.Vorstand gut informiert	stimmt
2.Vorstand ist motiviert	stimmt
3.Behördenämter problemlos besetzen	stimmt eher nicht
4.Finanzierung gut sicherstellen	stimmt eher nicht
5.Parteiämter problemlos besetzen	stimmt eher nicht

Welche Bereiche könnten besser laufen?

1.Finzen	eher ja
2.Personalrekrutierung	eher ja
3.Öffentlichkeitsarbeit	eher ja
4.Diskussion über Themen	eher nein
5.Interne Organisation	eher nein
6.Interne Information	eher nein

## Erkenntnis C:

Die Selbstbeurteilung fällt verhältnismässig positiv aus. Am ehesten bestehen Probleme in den Bereichen Finanzen, Personal und Öffentlichkeitsarbeit.

## 5. Beurteilung ZK

Von den Vorständen der Ortsparteien haben wir die Arbeit des ZK beurteilen lassen. Welche Inhalte sind den Ortsparteien wie wichtig? Die Resultate zeigen – insbesondere im Vergleich mit den Resultaten der Beurteilung der Delegiertenversammlung (siehe unten), dass die Befragten im ZK ganz bestimmte Dinge behandeln wollen.

- Mit einem durchschnittlichen „ja“ werden nur „Offene Aussprache“ und „Informationen des Parteipräsidiums“ beurteilt.
- Parolenfassungen sind zwar möglich („eher ja“) sollten aber nicht zur Regel werden.

Konkret wollen die Ortsparteiverantwortlichen:

1. Offene Aussprache	ja
2. Informationen des Parteipräsidiums	ja
3. Aktuelle nationale Themen	eher ja
4. Grundwerte der Partei	eher ja
5. Vernehmlassungen kantonal	eher ja
6. Personalfragen	eher ja
7. Parolenfassung kantonal	eher ja
8. Parolenfassung eidgenössisch	eher ja

Der hohe Ja-Anteil ist mit den zahlreichen Fragebogen zu erklären, die durchwegs bei allen möglichen Inhalten „ja“ angekreuzt haben und keine Differenzierung der Inhalte wünschen. Unter den Bemerkungen wurde von vier Vorstandsmitgliedern darauf hingewiesen, dass Doppelspurigkeiten mit der Delegiertenversammlung unbedingt zu vermeiden sind. Das ZK dürfe nicht als „Vor-Briefing“ für die DV missbraucht werden. Sieben Vorstandsmitglieder haben den Wunsch geäussert, im ZK über die Strategie der Partei informiert zu werden und diese diskutieren zu können.

Erkenntnis D:

Das ZK ist ein Ausspracheforum und dient der direkten Verteilung von Informationen.

## 6. Beurteilung DV

Die Befragung zu den Inhalten der Delegiertenversammlung ist hingegen anders ausgefallen. Klar an der Spitze der Inhalte liegen die Parolenfassungen.

1. Parolenfassung kantonal	ja
----------------------------	----

2.Parolenfassung eidgenössisch	ja
3.Informationen des Parteipräsidiums	ja
4.Aktuelle nationale Themen	ja
5.Grundwerte der Partei	ja
6.Offene Aussprache	eher ja
7.Vernehmlassungen kantonal	eher ja
8.Personalfragen	eher ja

Unter Bemerkungen wurde wiederum die Vermeidung von Doppelspurigkeiten erwähnt.

Zur DV haben wir schliesslich noch genauer erfragt, wie die Orsparteivorstände die DV erleben und wie sie sein soll. Das Bild der obigen Befragung wurde durchwegs bestätigt. Auf grosse Zustimmung in Zukunft stossen vor allem folgende Dinge:

1.kantonale Abstimmungen	trifft völlig zu
2.nationale Abstimmungen	trifft völlig zu
3.Besetzung Parteiämter	trifft eher zu
4.Geschäfte des Parteipräsidiums	trifft eher zu
5.Nomination Behördenämter	trifft eher zu
6.Diskussion Grundwerte der CVP	trifft eher zu
7.Aussprachemöglichkeit	trifft eher zu
8.Geschäfte des Grossrates	trifft eher zu
9.Diskussion über aktuelle Themen	trifft eher zu
10.Gemütlichkeit und Geselligkeit	trifft eher nicht zu

Unter Bemerkungen wurde insbesondere ein pünktlicher Beginn (7 Befragte) gefordert. Zudem darf die DV für einige Befragte nicht zu lange dauern (6) und keine langen Ansprachen (4) enthalten.

Erkenntnis E:

Die DV dient vorab der Parolenfassung.

#### 7. Unterstützung der Ortspartei durch die Kantonalpartei

Wir haben die Ortsparteivorstände gefragt, in welchen Bereichen sie Unterstützung durch die Kantonalpartei und das kantonale Sekretariat benötigen. Das Resultat zeigt, dass besonders Dienstleistungen für die Ortspartei erwünscht sind.

1.Öffentlichkeitsarbeit	eher ja
2.Vermittlung von Referenten	eher ja
3.Kantonale Wahlen	eher ja
4.Information zu Themen	eher ja
5.Kantonale Abstimmungen	eher ja
6.Nationale Abstimmungen	eher ja
7.Finanzbeschaffung	eher ja
8.Mitgliederwerbung	eher ja
9.Diskussionen zu Themen	eher ja
10. Kommunale Wahlen	eher nein

## 11. Personalrekrutierung

eher nein

Unter den Bemerkungen wurde von fünf Befragten Unterstützung beim Internetauftritt erwähnt und vier Befragte sind der Meinung, dass die Adressverwaltung durch das kantonale Sekretariat geleistet werden könnte. Schulung und Ausbildung wurde ebenfalls vermerkt. Acht Befragte wünschen sich mehr Kreativität bei den Themen der CVP und eine interessantere Gestaltung des CVP-aktuell.

## Erkenntnis F:

Unterstützung von der Kantonalpartei ist willkommen, insbesondere Dienstleistungen, welche die Arbeit der Ortsparteien erleichtern.

## 8. Unterstützung der Ortspartei durch die Amtspartei

Wir wollten von den Mitgliedern der Ortsparteivorstände auch eine Einschätzung der Amtspartei. Wir wollten wissen, welche Aufgaben der Amtspartei in Zukunft zukommen sollten. Viele Ortsparteivorstände stehen der Amtspartei kritisch gegenüber. Interessant ist, dass keine Aufgabe uneingeschränkt unterstützt wird.

1.Kantonale Wahlen	trifft eher zu
2.Schulung	trifft eher zu
3.Referentensuche	trifft eher zu
4.Öffentlichkeitsarbeit	trifft eher zu
5.Veranstaltungen	trifft eher zu
6.Finanzen	trifft eher zu
7.Organisation	trifft eher zu
8.Administration	trifft eher nicht zu
9.Gemeindewahlen	trifft eher nicht zu
10. Personalrekrutierung	trifft eher nicht zu

Unter Bemerkungen haben 21 Befragte die Amtspartei generell in Frage gestellt und sich für eine Abschaffung ausgesprochen. Weitere sieben Befragte stehen dieser Institution sehr kritisch gegenüber und sind der Ansicht, dass deren Aufgaben zu überprüfen sind. Neun Befragte betonen die Bedeutung und Notwendigkeit der Amtspartei für Schulungen und drei Befragte wünschen sich ein intensiveres Themenmanagement der Amtspartei.

## Erkenntnis G:

Die Amtspartei wird in Frage gestellt. Ihre Rolle sehen die Befragten wesentlich in Dienstleistungen zugunsten der Ortsparteien.

## 9. Gruppierungen

Zu den bestehenden Gruppierungen JCVP, CVP-Frauen, CVP-Senioren und AWG haben wir je sechs Fragen gestellt. Grundsätzlich wird die Position der Gruppierungen als wichtig erachtet. Es ergeben sich aber Differenzierungen. Die Durchschnittlichen Werte (Median) der Befragten (mit dem jeweiligen Prozentwert):

	JCVP	CVP-Frauen	CVP Senioren	AWG
„dient vor allem der Rekrutierung“	Eher ja 52%	Eher nein 38%	Eher nein 40%	Eher nein 35%
„ist vor allem eine Quelle neuer Ideen“	Eher ja 54%	Eher ja 45%	Eher nein 51%	Eher ja 31%
„hat sich vor allem mit dem eigenen Politikbereich auseinanderzusetzen“	Eher nein 40%	Eher nein 42%	Eher nein 33%	Eher ja 35%
„soll vor allem die CVP bei Aktionen unterstützen“	Eher nein 40%	Eher nein 30%	Eher ja 36%	Eher ja 37%
„soll bei Wahlen mit eigenen Listen antreten“	Eher ja 36%	Nein 63%	Nein 62%	Nein 60%
„darf gegen Aussen eine eigene Meinung vertreten“	Ja 61%	Eher ja 24%	Eher ja 24%	Eher ja 23%

Insbesondere bei der Frage nach der Meinungsäusserung gegen Aussen ist klar erkennbar, dass nur der JCVP diese Eigenschaft uneingeschränkt zugewiesen wird. Bei den Anderen Gruppierungen hat zwar auch eine Mehrheit mit „ja“ geantwortet, diese ist aber derart knapp und die „eher nein“ und „nein“ Äusserungen so zahlreich, dass als Durchschnitt nur noch die eingeschränkte Zustimmung erscheint. Die Befragten sind sich also offensichtlich nicht einig, ob diese Gruppierungen gegen Aussen eigene Meinungen kundtun dürfen oder nicht. Zusätzliche Listen der Gruppierungen werden als problematisch betrachtet (Ausnahme: JCVP). Unter Bemerkungen wird denn auch hie und da darauf hingewiesen, dass die Partei geschlossen und nur mit einer Liste antreten solle. Ausser im Falle der AWG haben sich die Gruppierungen nicht nur mit ihren ureigenen Politikbereichen auseinanderzusetzen.

Offensichtlich ist die AWG bei rund einem Viertel der Befragten unbekannt. Während bei den anderen Gruppierungen nur ungefähr zehn Befragte keine Angaben gemacht haben, sind es bei der AWG meist über vierzig. Zehn Befragte geben denn auch noch zusätzlich unter Bemerkungen an, dass ihnen die AWG nicht bekannt sei.

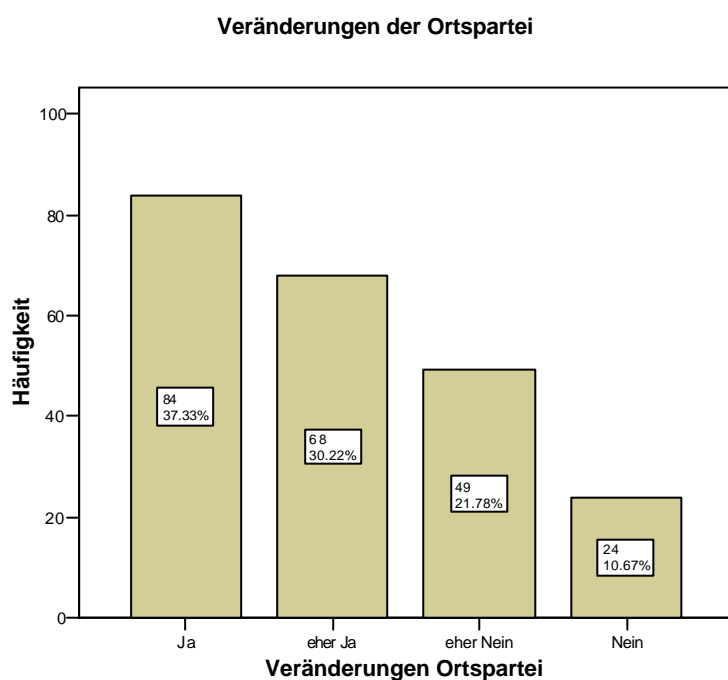
### Erkenntnis H:

Die Gruppierungen haben ihren Platz in der CVP. Eigene Listen werden jedoch abgelehnt und bei Meinungsäusserungen nach Aussen sind (ausser bei der JCVP) gewisse Vorbehalte spürbar.

## 10. Bereitschaft zu Veränderungen

Am Schluss der Befragung der Ortsparteivorstände wurde die Bereitschaft für Veränderungen abgefragt.

- Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass die Kantonalpartei Veränderungen brauche („ja“=30%, „eher ja“=37%).
- Sechzig Prozent der Befragten sind auch dieser Meinung, was die Amtspartei angeht, wobei hier die „ja“-Äusserungen deutlich überwiegen („ja“=37%, „eher ja“=24%).



Diagr. 22: Wir sind bereit, unsere Strukturen im Rahmen einer kantonalen Reorganisation anzupassen. N=223, fehlend=13

Die Ortsparteivorstände sind mehrheitlich bereit, im Rahmen einer

kantonalen Reorganisation mitzumachen.

- Zwei Drittel haben ein „ja“ (37%) oder ein „eher ja“ (30%) angekreuzt. Unter Bemerkungen wurde hie und da vermerkt, man wolle zuerst wissen, welche Anpassungen vorgeschlagen würden.
- Ein Wechsel zur Mitgliederpartei wird jedoch nur von einer Minderheit von 41 % („ja“=23%, „eher ja“=18%) befürwortet. Angesichts der im Moment kleinen Anzahl von Mitgliederparteien ist dies aber doch recht viel.

### Erkenntnis I

Die Bereitschaft zu Veränderungen und zu organisatorischen Anpassungen ist gross.

## 11. Zusammenfassung der Erkenntnisse

### Erkenntnis 1:

Die Befragten wollen eine Partei, die sich ausdrücklich an christlichen Grundwerten orientiert.

### Erkenntnis 2:

Selbstverantwortung wird als wichtiger eingestuft als Solidarität. Eine persönliche Entfaltung auf Kosten der Gemeinschaft wird jedoch abgelehnt. Aus der Freiheit des Einzelnen folgt seine Selbstverantwortung. Von staatlicher Solidarität sollen grundsätzlich jene Personen profitieren, die in Not sind, aber nicht ausschliesslich. Frauen haben ein anderes Verhältnis zur Solidarität als Männer.

### Erkenntnis 3:

Der Staat hat für die Befragten zwar vor allem jene Aufgaben wahrzunehmen, die eine einzelne Person nicht übernehmen kann, aber insbesondere für jüngere Personen und Frauen nicht nur.

### Erkenntnis 4:

Die Befragten sind bereit, gesamtschweizerische Lösungen regionalem Gestaltungsspielraum vorzuziehen. Ein möglichst weitgehender Föderalismus findet keine Mehrheit.

### Erkenntnis 5:

Die Familie ist für die CVP-Basis eine sehr wichtige Institution. Das Familienbild ist jedoch im Wandel. Städtischere, jüngere und weibliche Befragte lehnen eine Familienpolitik vorab für die traditionelle Familie eher ab. Das Familienbild der CVP-Basis ist nicht einheitlich.

### Erkenntnis 6:

Die wirtschaftliche Entwicklung darf für eine Mehrheit der Befragten die Lebensgrundlagen nicht gefährden. Besonders Frauen, höher ausgebildete und Personen bis 65 Jahre sind dieser Meinung.

### Erkenntnis 7:

Auf Eigenständigkeit muss nach Ansicht der Befragten Wert gelegt werden. Die Aufgabe, eine ausgleichende Rolle zu spielen, erhält jedoch keine Mehrheit. Der Begriff der Mitte ist für nicht klar.

### Erkenntnis 8:

Es gibt wie erwartet eine verhältnismässig grosse Zahl von Themen, bei denen innerhalb der Basis keine Einigkeit herrscht oder bei denen unterschiedlicher Handlungsbedarf erkannt wird.

## Erkenntnis 9:

Themen der CVP sind: Familie, Bildung und Wirtschaft. Zusätzlich müssen klare Positionen in Themen wie Ausländerfragen oder Staatsfinanzen erarbeitet werden.

## Erkenntnis 10:

Die Parteibasis will an Versammlungen Informationen zu aktuellen Themen und eine offene Diskussion darüber.

## Erkenntnis 11:

Die Bereitschaft zur Mitgliedschaft besteht. Es bestehen aber verschiedene diesbezügliche gewachsene Kulturen, die ländlichere und ältere Befragte eher skeptisch reagieren lassen.

## Erkenntnis A:

Die Strukturen sind aus Sicht der Ortsparteien grundsätzlich in Ordnung. Es bestehen aber Verbesserungspotentiale bei der Arbeit der Gremien und den Instrumenten. Die grosse Anzahl an rücktrittswilligen Präsidentinnen und Präsidenten ist problematisch für die Partei.

## Erkenntnis B:

Die Ortsparteien nehmen ihr zentralen Aufgaben mehr oder weniger gut wahr. Man bewegt sich bei der Erledigung auf den gewohnten und meistens bewährten Pfaden.

## Erkenntnis C:

Die Selbstbeurteilung fällt verhältnismässig positiv aus. Am ehesten bestehen Probleme in den Bereichen Finanzen, Personal und Öffentlichkeitsarbeit.

## Erkenntnis D:

Das ZK ist ein Ausspracheforum und dient der direkten Verteilung von Informationen.

## Erkenntnis E:

Die DV dient vorab der Parolenfassung.

## Erkenntnis F:

Unterstützung von der Kantonalpartei ist willkommen, insbesondere Dienstleistungen, welche die Arbeit der Ortsparteien erleichtern.

## Erkenntnis G:

Die Amtspartei wird in Frage gestellt. Ihre Rolle sehen die Befragten wesentlich in Dienstleistungen zugunsten der Ortsparteien.

Erkenntnis H:

Die Gruppierungen haben ihren Platz in der CVP. Eigene Listen werden jedoch abgelehnt und bei Meinungsäusserungen nach Aussen sind (ausser bei der JCVP) gewisse Vorbehalte spürbar.

Erkenntnis I

Die Befragten sind bereit, Veränderungen auf allen Ebenen anzunehmen und durchzuführen. Die Mitgliederpartei als Modell wird sehr unterschiedlich beurteilt und von einer Mehrheit abgelehnt.

23.08.04/fi/ms